

Nr. 358 Nr. 3/2019 Preis: Euro 5,00
ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA
ÖSTERREICHISCHE BERG- UND KLEINBÄUER_INNEN VEREINIGUNG

Wege für eine Bäuerliche Zukunft



GAP: AGRARPOLITIK? GEMEINSAM?

Das Gemeine an der Gemeinwohl-Debatte

Mehr Hirn pro Hektar!

Kleinbauernhof im 21. Jahrhundert

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
 ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
 15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-mail: office@viacampesina.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, Franziskus Forster,
 Eva Schinnerl

Gestaltung & Layout: Eva Geber, Jenny Unger

Zeichnungen: MUCH Unterleitner

Titelfoto: Käthe Knittler

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großesborsdorf

Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung) Enger Vorstand: Johann Kriechbaum (Obmann), Franziska Schrolmberger (Obmann-Stellvertreterin), Isabella Bösch-Weiss, Daniela Kohler, Franz Rest; erweiterter Vorstand: David Jelinek, Johann Schauer

Geschäftsleitung: Julianna Fehlner

Sekretariat: Agnes Neubauer

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.

Einzelpreis: Euro 5,-

Jahresabonnement: INLAND Euro 28,-
 AUSLAND Euro 32,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
 Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
 BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):
 Euro 38,- + 1/1000 des Einheitswertes.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,-,
 Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält das Abonnement für die BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
 Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
 E-mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130
 42. JAHRGANG (2019)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wir leben in heißen agrarpolitischen Zeiten. Nicht nur wegen dem Sommer und der Klimakrise, sondern vor allem auch, weil gerade wieder um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU gerungen wird. Grund genug, genauer nachzufragen und hinter die Kulissen der Hochglanzbroschüren zu schauen: Was wird mit "Gemeinwohl" gesagt? Warum kann das gemein sein? Was ist Agrarpolitik eigentlich und was könnte sie sein? Wer macht sie eigentlich? In dieser Ausgabe geht es um diese Fragen. Ganz konkrete Alternativen kommen ebenso vor, wie visionäre Ansätze. Darin stecken vielfältige "Wege für eine bäuerliche Zukunft" – denn darum geht's.

Wir wünschen eine anregende Lektüre – und einen schönen Sommer!

Die nächste Ausgabe widmet sich dem Schwerpunkt: "Arbeit: Zwischen Selbst- und Fremdbestimmung". Redaktionsschluss ist der 2. September.

*Agrarpolitisch-sommerliche Grüße aus der Redaktion,
 Eva, Monika und Franziskus*



Foto: Eva Schinnerl



Engerl

Das Engerl hat nach einem Ibiza-Urlaub wieder etwas Luft und nutzt die Energie für die wachsende Klimagerechtigkeitsbewegung und ruft mit: System Change not Climate Change! Ernährungssouveränität jetzt! Denn das gehört zusammen. Das Engerl ermutigt: Es braucht noch mehr Aktive – zum Beispiel die Farmers-ForFuture!



Teuferl

Das Teuferl geht an die herrschende Agrarlobby und ihre Think Tanks. Die hat vorläufig erreicht, dass nun wieder ein rückschrittlicher und ungerechter GAP-Vorschlag am Tisch liegt. Endlich zurück ins 20. Jahrhundert! Die Zukunft unserer Landwirtschaft wird ohnehin überbewertet. Auch wenn das „Gemeinwohl“ genannt wird: Hauptsache, die eigene Klientel profitiert.

KOMMENTAR

VON JULIANNA FEHLINGER



Bock auf Politik?

Sich lustvoll agrarpolitisch zu engagieren ist leider oft eine Zumutung. Das habe ich erst kürzlich wieder erfahren müssen, als die (Ex-)Ministerin Köstinger zur Auftaktveranstaltung zur Entwicklung des GAP-Strategieplans ins – wie sollte es anders sein – Raiffeisenforum eingeladen hat. Von "Partizipation auf Augenhöhe" in der Reform war die Rede und vom "neuen Stil". Tatsächlich mussten sich die Teilnehmenden vor allem Vorträge anhören, anstatt das geballte Wissen des Raums zu nutzen und eine echte Debatte herzustellen. Die Beiträge am Podium ließen kritische Auseinandersetzung mit Agrarpolitik im Keim ersticken. Birgit Mair-Markart vom Naturschutzbund wurde zwar aufs Podium eingeladen, die Ministerin bemühte sich jedoch, die Referentin mit einem Nebensatz als fachlich inkompetent zu disqualifizieren. Auch das Gemeinwohl wurde beschworen, was damit jedoch gemeint ist, erklären Onno Poppinga und Katrin Hirte in dieser Ausgabe.

Trotz enormer Warnsignale durch Rückgang bäuerlicher Betriebe, Artensterben und Klimakrise zeichnen sich keine Signale der notwendigen Transformation der Agrarpolitik ab. Die Budget-Kürzungen in der nächsten Periode sollen vor allem die 2. Säule treffen und damit jene Politiken schwächen, die wichtige Wirkungen auf die ländlichen Räume haben. Auch die angedachten Eco-Schemes könnten einen ökologischen Wettlauf nach unten in der EU befeuern.

Sich unter diesen Umständen für eine visionäre und völlig andere Agrar- und Lebensmittelpolitik



einzusetzen ist nicht immer einfach. Doch der Ibiza-Skandal hat uns gezeigt, dass es plötzlich ziemlich schnell gehen kann. Auch die Bewegung der #FridaysForFuture konnten wir uns vor einem Jahr nicht vorstellen und jetzt sind sie da. Damit wird Klima endlich zu *dem* Zukunftsthema. Das ermöglicht uns Bäuerinnen und Bauern aufzuzeigen, dass es in der kleinbäuerlichen und agrarökologischen Landwirtschaft und in der Bewegung für Ernährungssouveränität bereits viele Antworten auf die Klimakrise gibt. Franziska Schrolmberger hat deshalb auf der Demo mit Greta Thunberg vor 35.000 Leuten für eine Bewegung der #FarmersForFuture gesprochen. "Es gibt viele Höfe, die große Hoffnung geben. Aber wir müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen.", war ihre Botschaft. In diesem Sinne laden wir alle ein: Macht Euch stark als #FarmersForFuture für eine Landwirtschaft der Zukunft! Beteiligt Euch am Aufruf unter: www.farmersforfuture.at

*Julianna Fehlinger
Geschäftsleiterin bei der
ÖBV-Via Campesina Austria*

INHALTSVERZEICHNIS

Franziskus Forster: Gespräch mit Onno Poppinga WAS IST EIGENTLICH AGRARPOLITIK?	4
Onno Poppinga und Katrin Hirte DAS GEMEINE AN DER GEMEINWOHL-DEBATTE	7
Irmi Salzer SPITZ AUF KNOPF – DIE AGRARPOLITIK AM SCHEIDEWEG?	10
Vera Faber NEUE WEGE FÜR KLIMA UND LANDWIRTSCHAFT	12
Franziskus Forster MEHR HIRN PRO HEKTAR!	15
Josef Wiesinger AB HOF: EIN- UND AUSBLICKE	17
Judith Moser-Hofstadler UNTERWEGS MIT DEN MISTSTÜCKEN	18
KURZ & BÜNDIG/ÖBV-INFO I	19
Michael Groier und Ingrid Machold AUSLAUFMODELL KLEINLANDWIRTSCHAFT?	20
Stephan Pabst KLEINBAUERNHOF IM 21. JAHRHUNDERT	22
Katharina Bergmüller DIESER BAUER HAT EINEN VOGEL ...	23



Michael Hofer VIELFALT STATT EINFALT	24
Claudia Buchner POLITIK VON DER SCHOLLE AUS	24
Monika Thuswald „NICHTS ÜBER UNS, OHNE UNS!“ – AGRAPOLITIK UND BILDUNG	25
Monika Gruber GLOSSE	26
KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG	27
ÖBV-INFO II	28

WAS IST EIGENTLICH AGRARPOLITIK?

Diese Frage klingt banal. Und doch lohnt es, immer wieder grundsätzlich nachzudenken.

EIN GESPRÄCH VON FRANZISKUS FORSTER MIT ONNO POPPINGA



Forster: Vor einem Jahr hast Du zusammen mit Katrin Hirte in unserer Zeitung (Nr. 353) einen Artikel über das Verhältnis von Markt und Demokratie geschrieben. Darin schreibt Ihr über die Macht ökonomischer Theorien und wie etwa Machtverhältnisse im Milchsektor verschleiert werden. Stattdessen werden durch die Brille „des“ Marktes die konkreten Probleme mit idealistischen und wirklichkeitsfremden Annahmen verdeckt: In dieser Welt scheinen Märkte selbst zu handeln, oder sie werden als Mechanismus verstanden, der automatisch „zum Wohle aller“ funktioniert. Was hat das mit Agrarpolitik zu tun? Welche Fragen werfen sich dabei auf?

Poppinga: Ökonomische Theorien müssen sich – wenn sie ernst genommen werden wollen – immer wieder der Richtigkeit ihrer grundsätzlichen Annahmen versichern. Für die Theorien, die den Märkten eine grundlegende und „wohlstandsstiftende“ Wirkung zuschreiben, bedeutet das beispielsweise, dass es eine große Zahl von

Anbietern und Nachfragern geben muss, die unabhängig voneinander und in Konkurrenz zueinander entscheiden und am Markt handeln. Ist das nicht der Fall – liegt etwa Marktmacht vor – so hat das einschneidende Folgen für das Marktgeschehen und für die Einkommensverteilung. Wenn man von der Direktvermarktung und den Wochenmärkten absieht, haben Landwirt*innen auf allen wichtigen Märkten aber nur in sehr seltenen Fällen eine gleichberechtigte Marktstellung. In aller Regel steht einer sehr großen Zahl von Landwirt*innen nur eine sehr kleine – bei Berücksichtigung regionaler Bedingungen oft genug nur ein „Marktpartner“ – gegenüber. Dort, wo Landwirt*innen über Genossenschaften in Liefergemeinschaften organisiert sind, gibt es zwischen ihnen und der Genossenschaft überhaupt keine Marktbe-

ziehung; es handelt sich nur um Liefer- und Abnahmevereinbarungen. Die Preissetzung erfolgt dann ausschließlich durch die Genossenschaft. Zu welchen demütigenden Konsequenzen solch eine Struktur führen kann, hat u.a. die bäuerliche Initiative „Faire Milch“ in Österreich erleben müssen.¹

In der Agrarökonomie ist es nun leider so, dass zwar viel über Märkte geforscht wird, dass Mengen- und Preisentwicklungen untersucht werden, dass aber eine regelmäßige und sorgfältige Überprüfung der grundsätzlichen Annahmen der Erklärungsmodelle nicht oder nur sehr oberflächlich erfolgt. Dazu trägt wesentlich bei, dass es zwar unter Agrarökonom*innen durchaus Konkurrenz gibt – um Forschungsmittel, um wissenschaftliche Stellen, um Reputation – aber nicht hinsichtlich der Überprüfung der grundsätzlichen Annahmen über die Funktion von Märkten und das Verhalten der Marktteilnehmer*innen.

Für die Bauern und Bäuerinnen hat diese Situation in der Agrarökonomie eine sehr große Bedeutung, schon allein deshalb, weil sie ja an Fachschulen und Hochschulen eine intensive Ausbildung durchlaufen und so ihr Blick auf Markt Vorgänge wie auch ihre einzelbetrieblichen Entscheidungen in erheblichem Umfang von den erlernten Erklärungsmodellen beeinflusst werden. Wer beispielsweise in der Ausbildung hat lernen müssen, dass Landwirt*innen als Unternehmer*innen vor allem durch Kostensenkung und hohe Leistungen

¹ Siehe zum Beispiel: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190529_OTS0107/missstaende-am-milchmarkt-gefaehrdet-konsumentinnen-und-klima

bestehen können, der wird mit viel Risiko seinen Tierbestand vergrößern, den neuen Stall bauen und sich bemühen, zusätzlich an Pachtland zu kommen – dies auch dann, wenn das Nachteile für andere Landwirt*innen hat. Hinzu kommt, dass die nationalen Agrarpolitiken wie auch die Politik der EU ihre konkreten Entscheidungen gerne auf agrarökonomische Erklärungsmodelle abstützen (ob diese dabei Grundlage für agrarpolitische Entscheidungen sind oder eher zu Zustimmung auffordernde „Begleitmusik“, sei hier dahingestellt). Oft dauert es eine beträchtliche Zahl an Jahren, bis die jungen Bauern und Bäuerinnen durch eigene Erfahrungen, durch Austausch mit anderen Landwirt*innen und durch Kennenlernen alternativer ökonomischer Erklärungen einen anderen Blick auf die Märkte erlernen und so andere Perspektiven für den eigenen Betrieb entwickeln, als die von den Agrarökonom*innen vertretenen und womit sie die Möglichkeiten ihres Betriebes anders einschätzen.

Das ist ein wichtiger Punkt, weil darin die Frage nach bäuerlicher Selbstorganisation, Alternativen und Demokratie enthalten ist. Bevor wir darauf zurückkommen, noch eine Rückfrage: Lässt sich also sagen: „Agrarökonomie macht Agrarpolitik“? Wer ist noch beteiligt? Nun werden ja permanent neue Regeln in der Agrarpolitik gemacht – aktuell wieder auf EU- und den nationalen Ebenen. Mächtige Interessensgruppen ringen um Einfluss in der Gestaltung dieser Regeln. In diesem Ringen werden bäuerliche Interessen allzu leicht übergangen. Oft wird die Glaubwürdigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft in der Begründung vorgespannt, während die Umsetzung dann in eine gegensätzliche Richtung geht. Wie ist das zu erklären? Wie schätzt Du dabei den aktuellen GAP-Reformprozess ein?

Agrarpolitik findet ja auf vielen Ebenen statt – von der Ortsgemeinde bis



Foto: Christopher Glanzl

zur nationalen und internationalen Ebene. Überall spielen für die Interpretation wirtschaftlicher Verhältnisse und für Änderungsvorschläge agrarökonomische Erklärungsmodelle eine wichtige Rolle. Für Studierende kommen diese ja noch direkt daher – als Vorlesungsinhalt, als Prüfungsfrage –, außerhalb der Hochschulen dagegen in viel indirekteren Formen: als Fernsehbeitrag, als Pressekomentar, als Stammtisch, als Gespräch unter Bäuer*innen, als landwirtschaftlicher Fachbeitrag. Bisweilen können mit agrarökonomischen Aussagen auch unmittelbar politische Maßnahmen begründet werden (etwa die Abschaffung der Quotenregelungen mit dem Hinweis auf große Chancen, die eine Produktion für die Weltmärkte bieten sollte); sehr oft spielen sie aber als „Begleitmusik“ eine mehr versteckte Rolle im Hintergrund (etwa bei der Ablehnung eines Krisenmanagements für Preiszusammenbrüche bei Milch).

Sowohl für die Formulierung als auch für die Umsetzung der nationalen Agrarpolitik spielt die Ministerialbürokratie eine entscheidende Rolle. Über Universitäten und interne Schulungen sehr gut ausgebildet sowie „durch langjährige Zusammenarbeit“ eng vernetzt sind sie die machtvollen Schaltstel-

le. Politische Mandatsträger*innen können Signale setzen, können erwünschte Richtungen einleiten, aber an der Ministerialbürokratie kommen sie nicht vorbei. Kontakte in die Ministerialbürokratie sind deshalb auch begehrte Andockstellen für die Repräsentant*innen von Interessenverbänden.

Auch dort, wo es im Kern um die Umsetzung agrarökonomischer Auffassungen geht, ist es für „die politische Akzeptanz“ von größter Bedeutung, den – angeblichen oder tatsächlichen – Nutzen der Vorschläge für die Allgemeinheit, für das „öffentliche Interesse“, ganz nach vorne zu stellen und auch ein wenig zu beachten. Denn: Seit Jahrzehnten ist zumindest in den industrialisierten Ländern Agrarpolitik im Kern immer Politik für die Verbraucher*innen (und nicht für die Bauern und Bäuerinnen). Die Vorschläge auch noch mit dem Hinweis auf ein politisches Interesse an der Erhaltung des bäuerlichen Charakters der Landwirtschaft zu begründen ist zusätzlich hilfreich, da die bäuerliche Form der Landwirtschaft bei vielen Menschen – noch? – ein hohes Ansehen hat. Das gilt allerdings nicht mehr durchgängig.

Die EU hat ihre Vorschläge für die zukünftige Agrarpolitik schon seit einigen Monaten vorgelegt.



Foto: Christopher Glanzl

Im Kern laufen sie wohl auf eine Kürzung der Haushaltsmittel für landwirtschaftliche Belange hinaus (begründet mit den Folgen des „Brexit“), auf ein „weiter so wie bisher“ (Erste und Zweite Säule) bei Verstärkung der „ökologischen Komponenten“. Obwohl die Zweckbestimmung der Haushaltsmittel der EU für die Landwirtschaft neben Eingriffen bei Marktstörungen die „Grundsicherung des Jahreseinkommens der EU-Landwirte“ ist, ist zu vermuten, dass dieses selbst formulierte Ziel erneut nicht beachtet werden wird. Hinzu kommt, dass die Höhe der Mittel für die Direktzahlungen seit mehr als zwei Jahrzehnten eine ähnliche absolute Höhe haben; wegen der Inflation ist der reale Wert dieser Zahlungen deshalb sehr stark gesunken (Größenordnung: auf etwa die Hälfte des realen Wertes bei Einführung der Direktzahlungen).

Das zeigt, dass Agrarpolitik auf allen Ebenen „gemacht“ wird. Das ist keineswegs „neutral“, sondern selbst hochgradig politisch. Was

folgt daraus für eine Politik im Interesse einer bäuerlichen Landwirtschaft? Agrarpolitik wird auch auf den Höfen gemacht. Anstatt sich einfach an die vorgegebenen Bedingungen anzupassen und Konflikte zu verschweigen, brauchen wir Mut, eine „Einmischkultur“ und mehr Demokratie. Wir Bauern und Bäuerinnen sind ja keine bloßen Opfer, sondern setzen uns aktiv für eine andere Politik ein. Dazu arbeiten wir aktiv an Allianzen – und das weltweit. Deshalb möchte ich die Ausgangsfrage im Titel erweitern: In Deinen Gedanken steckt ja auch eine Alternative: Was könnte Agrarpolitik eigentlich sein? Nach meiner Erfahrung ist es auf jeden Fall wichtig, die Kräfte, die man hat – als Betrieb, als Netzwerk, als Verband – „mit Augenmaß“ einzusetzen; wo kann ich wirklich etwas erreichen, wo habe ich Freunde, Gleichgesinnte, die mitmachen; wo übernehmen wir uns nicht? So ist beispielsweise die Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik der EU zwar immer notwendig, aber sie überfordert einen schnell wegen ihrer Ferne, ihrer undurchschaubaren Meinungsbildung, ihrer Unbeweglichkeit. Wenn man sich dagegen die Ge-

schichte der Biolandwirtschaft als überaus erfolgreiche bäuerliche Selbsthilfebewegung anschaut, so lassen sich einige Schlüsselbegriffe für eine Politik ableiten, die mit den eigenen Kräften haushält und trotzdem erfolgreich ist:

- Es braucht die Möglichkeit, den eigenen Hof mitzunehmen, ihn mit eigenen Ideen zu gestalten und wirtschaftlich zu machen, Freude an der Arbeit zu haben.

- Es braucht selbständiges Denken und Handeln nicht nur gegenüber der staatlichen Agrarpolitik, sondern auch gegenüber traditionellen Unterordnungen in der bäuerlichen Gesellschaft selber. Mit den Worten von Franz Rohrmoser: Sich nicht vorspannen lassen vor andere Interessen. Dies braucht es mittlerweile auch gegenüber den vielen freundlich gesonnenen Verbänden und Initiativen („NGO's“); auch dort gibt es durchaus die Tendenz, die alternativen Bauern und Bäuerinnen „vorspannen“.

- Der kulturelle Zusammenhang, der sich aus der gemeinsamen Arbeit und aus den Netzwerken ergibt, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Denn er hilft einem, die Nase oben zu behalten – auch bei Gegenwind.

Vielen Dank für das Gespräch!

*Onno Poppinga
Ehemaliger Professor für Land-
nutzung und Regionale Agrarpolitik,
Universität Kassel, Fachbereich
Ökologische Agrarwissenschaften*

*Franziskus Forster
Politischer Referent bei der
ÖBV-Via Campesina Austria*

DAS GEMEINE AN DER GEMEINWOHL-DEBATTE

Ein Einwurf zur aktuellen Agrarpolitik-Debatte
VON ONNO POPPINGA UND KATRIN HIRTE

In der aktuellen agrarpolitischen Debatte ist ein neuer Trend auffällig. Ob seitens von Wissenschaftler*innen, von Tierschutz- oder Naturschutzverbänden und auch der Agraropposition – alle reden und beschwören ein sogenanntes „Gemeinwohl“ als neues Ziel in der Agrarpolitik. Dieser Schulterchluss kommt ebenso positiv daher wie der vermeintliche inhaltliche Gemeinwohl-Konsens. Allerdings geht es dabei nicht nur um eine diskursive Übereinkunft im Politik-Alltag, sondern um die nächste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und somit um konkrete Entscheidungen über die Zahlung der Agrargelder.

Wer kann schon etwas gegen Gemeinwohl haben? Und gegen für ein Gemeinwohl gezahlte Gelder? Was aber verbirgt sich konkret hinter der Gemeinwohl-Argumentation in Bezug auf die Mittelverteilung? Das sollte bei bäuerlichen Interessensvertreter*innen und nicht nur bei diesen eher die Alarmglocken schrillen lassen, anstatt in den neuen Gemeinwohl-Kanon einfach miteinzustimmen; beziehungsweise – wenn schon – dann sollte man zumindest wissen, was man da mitsingt.

Die Absicht: Direktzahlungen streichen!

Dies kann man im Gutachten „Für eine gemeinwohlorientierte Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Deutschlands¹ nachlesen. Und in diesem wird nicht weniger gefordert, als der Abbau der 1992 eingeführten Direktbeihilfen der EU, welche die Agrarbetriebe seitdem bekommen.



Zwar sind diese mit ihrer Flächenbindung ungerecht verteilt, was seitens der Agraropposition auch immer wieder kritisiert wurde. Aber nichtsdestotrotz sind sie unerlässlich. Seit 1992 machen sie ca. die Hälfte des Einkommens der Betriebe aus. Damals musste sich die EU dem politischen Druck beugen und senkte die Preise innerhalb der EU drastisch: Auf Weltmarktniveau und damit auf ca. die Hälfte.

Laut Gutachten jedoch, (auf das wir uns nachstehend mit den Seitenangaben beziehen), seien diese Mittel nur noch ein „historisches Artefakt“ (S. 38) und daher in den „nächsten zehn Jahren vollständig abzubauen“ (S. III).

Was soll mit den Mitteln passieren?

Geht es um eine „deutlich stärkere Priorisierung von Umwelt-, Klima- und Tierschutzziele“ (S. 15), wie im Gut-

achten behauptet wird? Sollen damit also die Aufwendungen kompensiert werden, welche mit höheren Standards im Umwelt-, Klima- und Tierschutz einhergehen? Ja! Aber nur, wenn diese „oberhalb des ordnungsrechtlich festgelegten Niveaus“ liegen (S. 4), d.h., wie es lt. gesetzlicher und agrarpolitischer Regeln sowieso gefordert wird. Viele gesellschaftlich gewünschten Effekte wie Arbeitsplätze im ländlichen Raum oder die Gewährleistung der Flächenbewirtschaftung bräuchten im Agrarbereich hingegen gar nicht entlohnt werden, denn sie würden als „Koppelprodukt der landwirtschaftlichen Produktion ohnehin anfallen.“ (S. 4)

Sollen mit den frei werdenden Geldern dann vielleicht eher Maßnahmen für eine gesündere Ernährung forciert werden? Laut Gutachten ist auch dies nur begrenzt vorgesehen, denn hier

¹ Zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft“ von April 2018 siehe in: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GAP-GrundsatzfragenEmpfehlungen.pdf?__blob=publicationFile.

² Fink-Kessler, Andrea (1991): Von der Bauernmilch zur Industriemilch. Zur Entwicklung und Funktion der Qualitätsnormen bei Milch. Dissertation, Gesamthochschule Kassel.



auf den ersten Seiten die Zusammenfassung des Gutachtens, wo unmissverständlich aufgefordert wird, die „Kappung oder Degression der Direktzahlungen sowie die Förderung der ersten Hektare und von Junglandwirten innerhalb der EGFL zu beenden“ (S. III).

Doppelt gemein

Damit ist der Bezug auf das Gemeinwohl – im besagten Gutachten wird dies auf den dort 92 Seiten gleich 195 mal (!) heraufbeschworen – sogar doppelt gemein: Es suggeriert nicht nur fehlende moralische Integrität derer, die gegen solch eine „Gemeinwohl“-Politik argumentieren, sondern damit wird auch noch das neu verpackt, was schon seit Jahrzehnten von diesen Wissenschaftler*innen rauf und runter gebetet wird und auch wieder in diesem Gutachten steht: Es ginge letztlich um „Wettbewerbsfähigkeit“ (S. 15).

„Tüchtige“ Landwirt*innen scheinen laut Gutachten von selbst „wettbewerbsfähig“ zu sein und brauchen daher keine Direktzahlungen. Die Paradoxie ist unübersehbar: Einerseits behaupten die gleichen Autor*innen, über das Einkommen von Landwirt*innen läge keine „solide statistische Informationsbasis vor“ (S. 10). Andererseits geben sie zu, dass die Direktzahlungen an die Landwirt*innen eh nur teils bei diesen ankommen, da sie weitergereicht bzw. „übergewälzt“ (S. 57) werden.

Wohin diese gewälzt werden bzw. wer generell am und im Agrarbereich verdient, ist an den heute bestehenden Strukturen überdeutlich zu erkennen –

sollten „vor allem Maßnahmen im Bereich Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung und der verbraucherorientierten Ernährungspolitik eingesetzt werden“ (S. 60).

Dann geht es vielleicht eher um die Stärkung der niedrigen Einkommen eines großen Teils der Landwirt*innen? Mitnichten. Für solch Anlass läge noch nicht einmal eine „solide statistische Informationsbasis vor“ (S. 10).

Sollen dann vielleicht die Landwirt*innen als „Werkbänke unter freiem Himmel“, wie im Gutachten so verständnisvoll formuliert, in Zeiten zunehmend turbulenter Weltmarktpreise und Klimaveränderungen entlastet werden? Auch hier findet man im Gutachten nur eine Absage: Das „Preis- und Ertragsrisiko“ sei eine „unternehmerische Aufgabe“, heißt es dort klipp und klar (S. 44). Und ebenso deutlich wird formuliert, was man unter Klimaschutz versteht – marktconforme Anpassung: Standorte „mit vermehrtem Auftreten von Extremwetterereignissen“, die „nicht mehr wettbewerbsfähig sind“, sind aufzugeben, denn: „Gegen solche Entwicklung anzuschubventionieren ist wenig erfolgsversprechend.“ (S. 48)

Welches Gemeinwohl?

Was aber soll denn dann zukünftig als „Gemeinwohl“ honoriert werden? Als „begründete Fälle“ gelten laut Gutachten erstens die schon genannten Leistungen „oberhalb des ordnungsrechtlich festgelegten Niveaus“ (S. 4). Wie über solche „Standards“ bäuerliche Strukturen zerstört und agrarindustrielle gefördert werden, lässt sich hinlänglich an der Geschichte der Milchproduktion² und aktuell am Strukturbruch in der Sauenhaltung ablesen.

Zweitens sind laut Gutachten „gemeinwohlorientierte“ Zahlungen „Kompensationszahlungen, wenn ansonsten eine zu starke Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion in das Ausland zu erwarten wäre“ (S. 4). Im Klartext heißt das: Droht ein Unternehmen, seine Tierproduktion ins Ausland zu verlagern, gibt es Geld, damit es bleibt! Hier werden also die Mittel an bodenungebundene Anlagen fließen anstatt an Landwirt*innen mit ihrer bodengebundenen Tierhaltung!

Wer diese Förderphilosophie zugunsten von Anlagen der Agrarindustrie statt Landwirt*innen im Namen eines „Gemeinwohls“ nicht glaubt, lese schon

³ Die auch im Gutachten vertretene Behauptung, die Direktzahlungen würden vor allem an Verpächter weitergereicht, lehnen wir aus mehreren Gründen ab: (1): Mindestens 40 % der Flächen betrifft die gar nicht, da es keine Pachtflächen sind; (2) die Bodenpreisanstiege stehen in keinem Zusammenhang mit dem Datum 1992 und Folgeentwicklungen, sondern begannen erst ca. 2007 - siehe hier z. B.: https://literatur.thuenen.de/digibib_extern/dn059926.pdf; (3) als Hauptursachen für steigende Boden- und Pachtpreise werden selbst in einschlägigen Fachpublika neben Viehdichte und Biogasanlagen-dichte insb. Finanzinvestitions- und Fremdkaufnahmen genannt, aber Direktzahlungen noch nicht einmal erwähnt, siehe z. B. in: https://oega.boku.ac.at/fileadmin/user_upload/Tagung/2016/Band_26/20_24_Langenberg_Schasse_Theuvsen-JB_OEGA2016_FINAL.pdf.

ob preisdiktierende Molkereien, Agrochemie oder Einzelhandel.³

Anstatt nun Instrumente vorzuschlagen gegen diese „Überwälzungen“ des Geldes, das eigentlich für die Landwirt*innen und die Landwirtschaft vorgesehen ist, aber in Wirklichkeit an Zulieferer, Verarbeitungsstrukturen und den Handel geht, ist das Gutachter*innen-Resümee: Abbau der Zahlungen. Was aber bleibt dann übrig? Welche Strukturen genau produzieren dann noch?

Gemein für Konsument*innen

Selbst die Verbraucher*innen merken zunehmend, dass das, was ihnen aus diesen Strukturen von der Lebensmittelindustrie unausweichlich als „Lebens“-Mittel vorgesetzt wird, buchstäblich krank macht. Auch die Gutachter*innen verweisen hier auf die „*alarmierende Zunahme ernährungsbedingter Krankheiten*“ (S. 56) sowie darauf, dass mittlerweile die Hälfte der EU-Bevölkerung übergewichtig ist (S.11).

Wer nun aber erwartet, dass hier eine zukünftige „Gemeinwohl“-Agrarpolitik greifen soll, sieht sich abermals enttäuscht, denn dazu heißt es, „*bei primär die menschliche Ernährung betreffenden Zielen (z.B. Gesundheit)*“ seien „*vor allem ernährungspolitische Maßnahmen einzusetzen und bei primär agrarpolitischen Zielen agrarpolitische Maßnahmen.*“ (S. 60)

Wie glaubwürdig ist aber solch eine „Arbeitsteilung“? Noch dazu, wo die Gutachter*innen selbst wissen: Es gehe „*weniger darum, ob die von der Landwirtschaft produzierten Agrarprodukte ‚gesund‘ oder ‚ungesund‘ sind*“ (S. 59).

Sondern es gehe um die Produkte, die von der „*nahrungsmittelverarbeitenden Industrie transformiert, substituiert und vermarktet werden*“ (S. 57). Aber gleichzeitig sollen die Folgen daraus einer „Ernährungspolitik“ überantwortet werden?

Man drängt darauf, den Landwirtschaftsbetrieben die Direktzahlungen zu entziehen, mit denen diese alternative Produktlinien aufbauen könnten, so dass Verbraucher*innen überhaupt erst wieder zu „*individuellen Ernährungsentscheidungen*“ (S. 59) in der Lage wären! Wenn man weiß, dass die Ernährungsindustrie Jahrzehnte lang von den Direktzahlungen profitierten, warum ergreift man dann nicht geeignete Maßnahmen der Agrarpolitik, um die Landwirt*innen vor diesen „Überwälzungen“ zu schützen, anstatt die negativen Ernährungsfolgen aus diesem System nun einer „Ernährungspolitik“ aufzubürden?

Soll dies der zukünftige Weg zu mehr „Gemeinwohl“ sein? Solch Argumentationen klingen nicht nach Gemeinwohl, sondern nach Konzernwohl.

Gemeines Gemeinwohl auch in Österreich

Am 13.05.2019 hatte einer der Autoren des Gutachtens, Prof. Peter Weingarten, auf Einladung von Elisabeth Köstinger die neue Strategie der Gemeinwohl-Argumentation auf der Auftaktveranstaltung zur Erstellung des österreichischen GAP-Strategieplanes vorgestellt – bezeichnenderweise im Raiffeisenforum der Konzernzentrale. Agrarpolitik bei Raiffeisen? In Österreich gehört das Raiffeisen-Netzwerk zu den wohl mächtigsten und einfluss-

reichsten wirtschaftlichen Machtträgern in Österreich. Welche Agrarpolitik hat man hier also zu erwarten?

Seit Jahrzehnten wird Wettbewerbsfähigkeit und in deren Namen immense Kostenverausgabung betrieben, und als Intensivproduktion bei gleichzeitiger Aufgabe von – angeblich – unrentablen kleineren Betrieben umgesetzt. Die Folgen dieser Politik: Umweltbelastungen, die durch die Intensivproduktion verursacht wurden, teils unzumutbare Verhältnisse in manchen Betrieben der Massentierhaltung und -verarbeitung, die Zerstörung der Landwirtschaft in den wenig industrialisierten Ländern, denen die Rohstoffe ausgepresst werden bei gleichzeitiger Verhinderung einer eigenen Wertschöpfung⁴ und die Ernährungsfolgen für die Verbraucher*innen. All dies führt zur sinkenden Akzeptanz dieser industriellen Agrarpolitik. Unter der Vorgabe einer angeblichen „Gemeinwohl-Argumentation“ soll diese Agrarpolitik weiter fortgesetzt werden und gleichzeitig wird ein Umschwenken vorgegaukelt und dies ist das Gemeinwohl an der sogenannten „Gemeinwohl“-Agrarpolitik.

*Onno Poppinga
Ehemaliger Professor für Landnutzung
und Regionale Agrarpolitik, Universität
Kassel, Fachbereich Ökologische
Agrarwissenschaften.*

*Katrin Hirte
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am
ICAE, Universität Linz; habilitierte
kürzlich zu „Die deutsche Agrarpolitik
und Agrarökonomie“*

⁴ Zu den Auswirkungen in den wenig industrialisierten Ländern siehe z. B. die Reportagen „Der Wahnsinn mit dem Weizen“, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-der-wahnsinn-mit-dem-weizen-100.html>, oder „Ein Mann pflückt gegen Europa - Wie Tomaten aus der EU afrikanische Bauern zu Flüchtlingen machen“, <https://www.zeit.de/2015/51/afrika-eu-handelspolitik-subventionen-ar-mut-flucht/komplettansicht>.

SPITZ AUF KNOPF – DIE AGRARPOLITIK AM SCHEIDEWEG?

Nach den Wahlen zum EU-Parlament und den innenpolitischen Umwälzungen eröffnen sich Chancen auf einen kleinen Schritt in Richtung einer Agrarwende.

VON IRMI SALZER

Eigentlich hatten wir die Hoffnung schon fast aufgegeben. Nach einem schlechten Vorschlag des EU-Agrarkommissars Hogan, der das exportorientierte und sowohl sozial wie ökologisch desaströse Landwirtschaftsmodell der EU weiter fortgeschrieben und verschärft hätte, nach einer Abstimmung im zuständigen Agrarausschuss des EU-Parlaments, die den miserablen Vorschlag des Agrarkommissars nicht nur akzeptierte sondern sogar noch verschlechtert hätte, angesichts einer österreichischen Landwirtschaftsministerin, deren Ehrgeiz darauf zu beruhen schien, ja nichts zu verändern. – Wer da noch an eine Agrarwende in Richtung einer nachhaltigen, zukunftsfähigen, sozial und ökologisch gerechten Agrar- und Ernährungspolitik glaubte, konnte schon ein bisschen als Träumer*in bezeichnet werden.

Muss die GAP-Reform zurück an den Start?

Nun hat sich aber, unerwartet, ein Fenster aufgetan. Ein Grund dafür sind die Ergebnisse der Wahlen zum EU-Parlament. Die grüne Fraktion, die schon in den vergangenen Jahren Druck in Richtung Agrarwende aufgebaut hat, konnte mehr als erwartet zulegen und wird so das Zünglein an der Waage bei den anstehenden Entscheidungen über die Zusammensetzung der Kommission, der Parlamentspräsident*in etc. spielen. Zur Zeit wird in Brüssel intensiv verhandelt, und zwar nicht nur über

Namen und Positionen, sondern auch über Inhalte. Eine Forderung der Grünen Fraktion ist brisant und eröffnet

Spielräume: Die GAP-Reform muss zurück an den Start. Das bedeutet nicht nur, dass die Grünen fordern, dass der neu zusammengesetzte Agrarausschuss noch einmal verhandeln und seine Position zum Vorschlag des Kommissars gänzlich neu erarbeiten muss, die Grünen wollen noch viel mehr: Die neue Agrarkommissar*in muss einen neuen Vorschlag vorlegen. Schließlich sei der derzeit vorliegende völlig unzureichend, wenn man* die enormen Herausforderungen bewältigen wolle, die auf die Landwirtschaft zukommen – Stichwort Klimakatastrophe, Artensterben, Wachsen und Weichen. Falls sich die Grünen durchsetzen, heißt das selbstverständlich, dass wir auf die Agrarreform noch ein paar Jahre warten müssen, die Mühlen der Agrargesetzgebung mahlen bekanntlich langsam. Die Forderung ist aber durchaus schlüssig – bevor wir eine weitere GAP-Periode lang mit Vollgas in den Abgrund rasen, ertragen wir den Status Quo lieber noch ein oder zwei Jahre länger und arbeiten an einer sinnvollen Reform.

Dazu passt, dass die Verhandlungen über die GAP-Reform sowieso eher absurd sind, solange das Problem Brexit nicht gelöst ist. Das Budget der EU, der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen, kann nicht beschlossen werden, wenn niemand weiß, ob der Nettozahler Großbritannien nun weiter dabei ist oder nicht. Und damit steht in den Sternen, wie hoch das Agrarbudget

ist. Die Agrarminister*innen können zwar über die Architektur der neuen GAP verhandeln, solange aber unbekannt ist, mit wie viel Geld die Agrarfördertöpfe gefüllt werden, wollen sie nicht über Deckelungen oder nationale Spielräume entscheiden.

Vorsicht, Kommunismus!

Die unfreiwillig aus dem Amt geschiedene Un-Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger hat kurz vor ihrem Abtritt noch eine Warnung ausgesprochen: Es drohen kommunistische Verhältnisse in der Landwirtschaft! Grund ihrer Sorge sind zukunftsweisende Beschlüsse, die an der ÖVP vorbei getroffen wurden und werden. Im Burgenland hat der rote Landeshauptmann mit den Stimmen aller Parteien außer der ÖVP eine Biowende ausgerufen. Mittels Landesförderungen soll der Umstieg auf Bio erleichtert werden, es wird Vorgaben für landeseigene Küchen und Kantinen sowie Schulen und Kindergärten geben, bis zum Jahr 2024 100 % biologische Lebensmittel zu verwenden, die Landwirtschaftsschulen stellen ihre Anbauflächen auf 100 % Bio um, es wird Modellregionen geben und neue Ställe dürfen nur mehr Bio-zertifiziert sein. Der Bauernbund und die ÖVP schäumen und sprechen von Zwangsverordnungen und einem drohenden Preisverfall. „Das ist Kommunismus am Rücken der Bauern und ein Rückfall in das alte Konzept des Klassenkampfes“, meinte Köstinger in einigen Interviews. Da erübrigt sich wohl jeder Kommentar.

Ein weiterer Grund zur Panik auf Seiten der Besitzstandswahrer und Verhinderer sind die neuen



Allianzen, die im Nationalrat seit der Abberufung der türkis-blauen Regierung möglich sind. So haben die Abgeordneten mehrheitlich den Beschluss gefasst, dass Anfang Juli über ein Totalverbot von Glyphosat abgestimmt werden muss. Die ÖVP, die Landwirtschaftskammer und der Bauernbund rufen nun ein Ende der Lebensmittelproduktion in Österreich aus und verunglimpfen die Verhandlungen zum Glyphosatverbot als Aktionismus. Sie verschweigen wohlweislich, dass Österreich schon im Herbst 2017 gegen die Wiedezulassung des Pestizids auf EU-Ebene gestimmt hat (auch damals übrigens aufgrund eines Beschlusses im Nationalrat, der kurz vor den Wahlen zustande gekommen ist). Weil die Mehrheit der Mitgliedsstaaten jedoch für eine Wiedezulassung auf EU-Ebene gestimmt hat, wurden Forderungen laut, Glyphosat in Österreich zu verbieten. Der damalige Bundeskanzler Kurz hat sich öffentlich dazu bekannt, Elli Köstinger hat versprochen, dass es eine Machbarkeitsstudie dazu geben

werde. Das war im Jahr 2017. Die Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie wurde seitdem alle paar Monate auf später verschoben. Nun dürfte sie in den Schubladen des Ministeriums verschwunden sein.

Farmers For Future

Die erstarkende Klimaschutzbewegung gibt Hoffnung. Hoffnung nicht nur dahingehend, dass die existenzbedrohende Klimakatastrophe durch rasche, radikale und mutige Maßnahmen abgeschwächt werden kann, sondern auch für uns, die wir eine andere, eine auf Ernährungssouveränität beruhende Landwirtschaft fordern. Wir wissen alle, dass die Landwirtschaft nicht nur Leidtragende der Klimakrise ist, sondern auch Teil des Problems – dass sie aber Teil der Lösung sein kann und muss. Small farmers are *cooling down the earth*, hat La Via Campesina schon vor 10 Jahren gerufen. Die „Farmers For Future“, die sich nun in die Bewegung der jungen Klimaschützer*innen einreihen, könnten unseren Forderungen nach einer Agrarwende Nach-

druck verleihen. Und das ist auch dringend nötig. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie über die Auswirkungen der derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik auf das Klima wurde ein Jahr lang verräumt und still und heimlich einen Tag nach den EU-Parlamentswahlen veröffentlicht. Anscheinend haben der Kommission die Ergebnisse nicht gefallen – denn wie zu erwarten steht darin schwarz auf weiß, wie die GAP die Klimapolitik der EU konterkariert.

Agrarwende jetzt!

Es sind also spannende Zeiten – sowohl auf europäischer Ebene als auch in Österreich. Wenn wir genügend Druck aufbauen, dann können wir das Zeitfenster, das sich gerade auftut, nützen. Wer weiß, ob sich diese Gelegenheit so bald wieder einmal bietet – also ran an die Arbeit!

*Irmi Salzer
Seit 2017 agrarpolitische Referentin
des Grünen EU-Abgeordneten
Thomas Waitz*

Foto: Wolfgang Berger

NEUE WEGE FÜR KLIMA UND LANDWIRTSCHAFT

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in der Landwirtschaft deutlich zu spüren. Die Zukunft der Landwirtschaft geht uns alle etwas an. Dafür braucht es einen gemeinsamen Dialog und die Entwicklung von Alternativen zum Status-Quo. Genau das wurde beim Klimacamp möglich.

VON VERA FABER

Auf dem diesjährigen Klimacamp¹ in Obersdorf (NÖ) diskutierten Irmi Salzer, Maria Vogt und Rainer Weisshaidinger gemeinsam mit dem Publikum über Probleme, Chancen und neue Wege in der Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels: In der Diskussion ging es um folgende Fragen: Welche Probleme gibt es in der Landwirtschaft? Was sind die Ursachen? Welche Chancen und neuen Wege gibt es für die Landwirtschaft? Wie gehen wir mit den „neuen Normalitäten“ und Unsicherheiten um? Wie können wir uns im Sinne von globaler Klimagerechtigkeit vernetzen?

Wettbewerbsfähigkeit vs. Klima

Der erste Impuls von Irmi Salzer startet mit einem Rückblick und Ausblick auf die Arbeit im EU-Parlament und die GAP. Es ist schwierig, die wirklich großen Fragen zum Thema zu machen. Aber immerhin ist der Klimawandel im EU-Parlament und bei der Europäischen Kommission zu einem Thema geworden, dem wir uns stellen müssen. Bisher werden aber nur die Symptome des Klimawandels behandelt, anstatt die Ursa-

chen zu bekämpfen. Dies hat Irmi Salzer in den letzten Jahren in ihrer Arbeit im EU-Parlament als politische Referentin von Thomas Waitz deutlich erfahren: „Die Europäische Kommission ist neo-

liberal ausgerichtet. Sie fokussiert auf Wettbewerbsfähigkeit. Das ist der aktuelle Bauplan des Systems EU und ihre Verordnungen richten sich danach.“ Das gilt auch für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). So fiel der letzte Vorschlag des Agrarausschusses über die GAP-Reform wiederum zugunsten der Agrarkonzerne und Großbäuer*innen aus.² Bleibt dieser Vorschlag aufrecht, würde das für die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die Umwelt katastrophale Auswirkungen mit sich bringen.

Die Wahlen zum EU-Parlament haben die Kräfteverhältnisse verschoben und damit öffnen sich auch Möglichkeiten, diesen Vorschlag aufzuheben und neu zu gestalten. – Wenn sich hier nichts ändert, dann stehen die Chancen auf eine Veränderung in der GAP zugunsten des Klimaschutzes und von Bäuer*innen Irmi Salzer zufolge schlecht. Denn der neoliberale Kurs wird derzeit ungebrochen weitergefahren. Es ist abzusehen, dass sich die neue GAP-Periode um zwei bis drei Jahre verzögern wird. Und die großen Fragen werden im neu gewählten EU-Parlament zu vielen Diskussionen führen.

Die einzig realistische Chance für einen tiefgreifenden Wandel in der Agrarpolitik und einen generellen Systemwandel sieht Irmi Salzer in der Zivilgesellschaft. „Eine andere Richtung kann nur eingeschlagen werden, wenn sich die Bürger*innen dafür interessieren und Fragen nach unserer Ernährungsweise, der Situation im ländlichen Raum und der Artenvielfalt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stellen. Der Druck von der Bevölkerung muss sich weiter erhöhen. Man kann alles erreichen, wenn der Druck hoch genug ist.“

Ernährungssouveränität für Bäuer*innen

Maria Vogt, Biobäuerin und ÖBV-Via Campesina Austria Aktivistin, lenkte mit ihrem Beitrag den Blick von der europäischen auf die lokale Ebene, wo die Auswirkungen der europäischen und nationalen Agrarpolitik unmittelbar spürbar sind. Und wo es viele Chancen für ein gutes Leben für alle gibt. Sie erzählt über die Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in Obersdorf in den letzten zwanzig Jahren. Im landwirtschaftlich geprägten Obersdorf kam es seit dem EU-Beitritt und durch die Auswirkungen der Agrarpolitik vermehrt zu Landflucht sowie zu verstärkter Spezialisierung und Intensivierung in der Landwirtschaft. Eine Folge: Die intensive Landwirtschaft belastet das Grundwasser stark mit Nitrat. Daher muss das Wasser mit Hilfe einer Nitratfilterungsanlage gereinigt werden. Anstatt diese nach dem Verursacherprinzip zu finanzieren, hat die Gemeinde die Kosten von 2 Mio. Euro getragen.

¹ Das Camp bietet ganz im Sinne der Klimagerechtigkeit Raum für Weiterbildung und Vernetzung. Hier können innovative, nachhaltige und basisdemokratische Lebensweisen ausprobiert werden: <https://klimacamp.at/>

² Siehe die Presseaussendung der ÖBV dazu: <https://www.viacampesina.at/gap-agrarausschuss/>

Obersdorf hat wegen seines guten Bodens und Klimas ein hohes Potential: „Bei uns könnte man sehr divers produzieren, die Bedingungen wären eigentlich gut. Aber es wird immer enger.“ Der Trend geht weiter in Richtung größere und artenärmere Land(wirt)schaften. Vielen Bäuer*innen ist bewusst, dass sich der Zustand von Luft, Wasser, Boden und Klima immer weiter verschlechtert, wenn weiter am Status-Quo festgehalten wird: Alle wünschen sich gesündere Lebensgrundlagen. Dennoch halten viele am System fest, weil es noch genug Erträge abwirft und die Förderungen darauf ausgerichtet sind. „Unsere Wirtschaftsweise und das Förderungssystem schädigen nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern führen zugleich auch zu einer Ernährungskrise im Globalen Süden. Unser Einsatz von Pestiziden und Kunstdüngern ermöglicht eine Überproduktion und diese wird mit Dumpingpreisen exportiert. Die Bäuer*innen im Globalen Süden können mit diesen Preisen nicht mithalten. Was heißt das für die Zukunft? Da wird's eng. So kann es nicht weitergehen.“

Maria Vogt fordert daher Ernährungssouveränität und ein „gutes Leben für Alle“. Sie plädiert dafür, den Status-Quo kritisch zu hinterfragen und nicht als „normal“ hinzunehmen. Das fängt in der Ausbildung und Beratung an. Auch die Forschung, Bäuer*innen, Politiker*innen und Bürger*innen sind hier gefragt. „Statt am System festzuhalten, müssen wir das Loslassen lernen. Es braucht einen System-



wechsel.“ Viele Bäuer*innen lassen sich von außen zu sehr beeinflussen und sehen keine Möglichkeit, die Vision eines „guten Lebens für Alle“ umzusetzen. Mut und Hoffnung werden bereits im Keim erstickt, wenn immer wieder erzählt wird, dass einzig das eigene Unvermögen „schuld“ ist. Es geht jedoch darum, sich zu fragen: „Was möchte ich?“ Und: „Was bedeutet mein Leben und Wirtschaften eigentlich für die Welt?“ Es geht darum, die eigene Perspektive zu stärken und den Wunsch nach guten Lebensgrundlagen direkt umzusetzen. Dafür müssen sich die Bäuer*innen weltweit vernetzen und sich gemeinsam für ein anderes System einsetzen. Nur so wird eine andere Welt möglich. Maria Vogt will in Obersdorf den Systemwandel vorantreiben. Und genau deshalb ist auch das Klimacamp, das auf ihrem Hof stattfand, wichtig. Denn hier werden Utopien des gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickelt. „Das gute Leben für Alle ist möglich!“

Agrarpolitik wird zur Ernährungspolitik

Rainer Weisshaidinger, der am Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) und der BOKU am Institut für Soziale Ökologie tätig ist, brachte aus wissenschaftlicher Perspektive eingangs eine globale Perspektive in die Diskussion ein. Anhand der „planetarischen Grenzen“³ zeigte er, dass der Biodiversitätsverlust noch viel dramatischer fortgeschritten ist, als der Klimawandel.⁴ Auch die Stickstoff- und Phosphor-Kreisläufe sind ein häufig unterschätztes Problem. Es geht darum, global und systemisch in Zusammenhängen zu denken. Aus dieser Perspektive gibt es durchaus auch Chancen und Möglichkeiten, um negative Trends umzukehren.

Der Landnutzungswandel, der wesentlich durch die Industrialisierung der Landwirtschaft geprägt ist, verschärft die Lage immer weiter. Allgemein betrachtet gibt es in der Landnutzung zumindest zwei globale Brennpunkte: einerseits die

Foto: Klimacamp Wien

³ Rockström et al. (2015): *Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet.*

⁴ <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-internationales/nachhaltige-entwicklung/integriertes-umweltprogramm-2030/planetare-belastbarkeitsgrenzen/>



Ölsaatzproduktion (Soja und Palmöl) und andererseits die pflanzliche Produktion für die Tierhaltung (35 % der Pflanzenproduktion geht in die Tierhaltung!). Beide haben negative Auswirkungen auf das Klima und den Artenreichtum. Weisshaidinger führte eine Chance anhand der Tierhaltung in Österreich näher aus. In der Studie „Chancen für die Landwirtschaft in den Alpenländern“⁵ ging er in einem Team der Frage nach, wie sich der Anbau von Ackerfuttermitteln in Österreich und der Schweiz auf die Ökosysteme und den Klimawandel auswirken und wie ein besseres Ernährungssystem aussehen könnte.

In Szenarien berechneten sie einen schrittweisen Verzicht von Ackerfuttermitteln. Bei einer ausschließlich

raufutterbasierten Fütterung in der Tierhaltung können laut Studie der Ammoniakaustrag um 15 % und die Stickstoffbilanzüberschüsse, welche sich u.a. im Nitratgehalt im Grundwasser widerspiegeln, um 15 bis 30 % im Vergleich zum Ist-Zustand gemindert werden. Die Treibhausgase würden um 15 bis 20 % sinken. Die Zahlen mögen vielleicht insgesamt nicht hoch ausfallen, wären aber im Hinblick auf das, was die Landwirtschaft und die Agrarpolitik zwischen 1990 und heute erreicht hat, höher. Der völlige Verzicht von Ackerfuttermitteln in der Tierhaltung würde die Milchproduktion um 30 % und die Rindfleischproduktion um 20 % reduzieren. Aktuell gibt es in Österreich in beiden Sektoren eine Überproduktion (Milch 160 %; Rindfleisch 150 %). Aufbauend auf diesen Ergebnissen wurde im nächsten Schritt der Blick auf das Ernährungssystem erweitert, denn die Fragen, die sich hier stellen, können nicht allein in der Agrarpolitik beantwortet werden und es bräuchte

eine Ernährungspolitik. Wenn sich in der Folge der Konsum tierischer Produkte reduziert, werden Flächen frei, die diverse Möglichkeiten eröffnen, z.B. eine biodiversitätsfördernde Landwirtschaft oder eine Extensivierung in Form einer „Biowende“.

Eine Quintessenz der Studie ist, dass im alpinen Raum nicht auf Tierhaltung verzichtet werden soll. Ein nachhaltiges Landnutzungssystem braucht eine tierische Produktion, jedoch mit deutlich reduziertem Fleischkonsum. Ohne Tierhaltung würde in vielen Graslandgebieten eine Landwirtschaft kaum mehr möglich sein. Und die restlichen Flächen würden noch intensiver bewirtschaftet werden – mit vielen negativen Auswirkungen.

Agrarwende Plus

Es geht heute also darum, die Frage, welche Landwirtschaft wir brauchen und auf welche Weise das Land bewirtschaftet werden soll, öffentlich zu diskutieren. Es geht um die gemeinsame Entwicklung von alternativen bäuerlichen Wirtschaftsweisen und Ernährungssystemen. Dafür braucht es mehr als eine Agrarwende. Es bedarf eines Systemwechsels. Damit sich etwas ändern kann, ist es notwendig sich mit anderen Bewegungen zu solidarisieren und zu vernetzen. Um diese Wende zu erreichen, müssen wir Wege für eine kritische Masse finden. Und da sind wir alle gefragt.

*Vera Faber
Gärtnerin, Philosophin und
Sozialökologin, sie macht derzeit
ein Praktikum bei der
ÖBV-Via Campesina Austria*

⁵ Stolze, Matthias / Weisshaidinger, Rainer / Bartel, Andreas / Schwank, Othmar / Müller, Adrian / Biedermann, Roger (2019): Chancen der Landwirtschaft in den Alpenländern. Wege zu einer raufutterbasierten Milch- und Fleischproduktion in Österreich und der Schweiz. Bristol-Schriftenreihe 58. Haupt Verlag

MEHR HIRN PRO HEKTAR!

Agrarpolitik erfordert aus unserer Sicht ein Denken in Zusammenhängen. Und eine Überwindung des vorherrschenden Scheuklappendenkens, das bezeichnenderweise auf Englisch „silo-thinking“¹ heißt. Bildhaft gesprochen: Hier ein Silo mit „Agrarpolitik“, dort ein großes Lagerhaus-Silo mit „Handelspolitik“. Daneben ein Silo mit „Fläche“ und noch eines mit „Klima“. Dahinter stehen noch viele weitere Silos, aber sie sind alle fein säuberlich voneinander getrennt. In jedem Silo wird viel Wissen gelagert und teilweise konserviert. Fachwissen ist wichtig. Aber Zusammenhänge auch. Es funktioniert nicht, wenn wir so tun, als ob diese Silos nichts miteinander zu tun hätten. Und: Wer hat überhaupt Zugriff auf das Silo-Wissen? In wessen Interesse wird hier Wissen gelagert und produziert? Das sind Fragen, die wir stellen müssen.

In der Realität am Hof sind die Silo-Inhalte untrennbar miteinander verknüpft. Am Hof kann isoliertes Silo-Denken nicht funktionieren. Denn letztlich führt das konsequente Silo-Denken dazu, dass die Inhalte ebenso wie die Praxis „verderben“, weil sie aneinander vorbeilaufen und vorbeige-dealt werden. Wir wissen dann als Gesellschaft nicht mehr weiter. Wir nennen das Krise.²

Mehr Hirn!?

Wilfried Hartl von der Bio Forschung Austria verwendet in seinen Vorträgen

¹ Der Begriff „Silo-Denken“ wird auch in der Betriebswirtschaft verwendet und bezeichnet das Problem, dass verschiedene Abteilungen eines Unternehmens nicht miteinander kooperieren und kommunizieren. Das hemmt Innovation und Profite. Dass aber auch das vorherrschende Denken in der Unternehmenslogik insgesamt Silo-Denken ist, wird dabei nicht reflektiert. Auch das ist aber eine Blockade für das aktuelle Vorstellungsvermögen in unserer Gesellschaft.

² Einige Ideen dieses Artikels kommen von Wilfried Hartl (Bio Forschung Austria, www.bioforschung.at/), die ich aus seinem Vortrag entnommen habe. Die Überlegungen sind erweitert um Fragen aus dem agrarpolitischen Alltag der ÖBV. Die Verantwortung für den Inhalt und alle möglichen Fehler dieses Textes liegen bei mir.

³ Diese müssen „mehr Hirn pro kg Eisen“ (Hartl) enthalten, das heißt die Nutzer*innen in die Lage versetzen, selbstbestimmt und mit Hirn tätig zu sein

Gedanken über Boden und Zukunftswissen für eine andere Landwirtschaft. Ein bodenpolitischer Brückenschlag zwischen Themen, die bisher bloß nebeneinander stehen. Ein Zwischenbericht

VON FRANZISKUS FORSTER



oft den Slogan „Mehr Hirn pro Hektar!“. Ich spinne seinen Faden weiter: Bisher geht es darum, mit möglichst wenig Arbeit (und Arbeitskräften) möglichst viel Ertrag zu erzielen (mehr Hektar pro Hirn). Das war an diesem Ziel bemessen sehr erfolgreich. Immer größere Flächen lassen sich mit immer weniger Arbeitskräften bewirtschaften. Immerhin wurde ein ganzes System darauf ausgerichtet. Eine Folge: immer weniger Höfe, immer größere Maschinen, immer mehr Kapital, immer mehr Monokulturen – und immer mehr Abhängigkeit, Entmündigung und soziale und ökologische Probleme. Wir brauchen in der Landwirtschaft einen Wandel! Wir brauchen mehr

Hirn pro Hektar! Um das zu verwirklichen, brauchen wir nicht nur mehr Menschen, die gewissermaßen ihr Hirn passiv „herumtragen“, sondern es braucht auch förderliche Bedingungen, dass diese Hirne auch „eingeschaltet“ werden (können). Das hat mit Autonomie, Würde, Kooperation und mit Mündigkeit zu tun. („Habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen“ und „Wissen ist Macht“). Das hat Auswirkungen auf die Bildung/Ausbildung, die Beratung, die Forschung, auf Maschinen³ und auf die Arbeit. Besser wird die Lage noch, wenn diese „Hirne“ selbstorganisiert miteinander kooperieren. Zusammenhänge und Zusammenarbeit gehören zusammen.⁴ Dann wird wirklicher Fortschritt möglich.

Jenseits der zweidimensionalen Agrarpolitik

Bisher haben wir es im Wesentlichen mit einer zweidimensionalen Agrarpolitik zu tun: Land wird als zweidimen-

sionale Fläche (Länge mal Breite) gedacht. Das wird auch agrarpolitisch gefördert. Landkonzentration ist die Folge. Die Verteilungsfrage rückt auf die Tagesordnung. Der Markt kann das nicht lösen. Und: Der zweidimensionale Blick reicht bei weitem nicht. Wir brauchen eine „dreidimensionale“ Landwirtschaft, weil auch der Boden, das Bodenleben, die Wurzeln und ihre Symbiosen und Zusammenhänge mit einbezogen werden müssen. Und darüber hinaus müssen wir anerkennen, dass es vieles gibt, was wir nicht wissen (den Boden betreffend, aber auch insgesamt als „Eigensinn“ der Natur). Diese Anerkennung des Nicht-Wissens bedeutet, den Anspruch der Naturbeherrschung aufzugeben („mit der Natur arbeiten, statt gegen sie“).

Klima und Landwirtschaft

Die Auswirkungen des Klimawandels äußern sich in der Landwirtschaft durch zunehmende Extremwetterereignisse. Etwa: Zu wenig Niederschläge, Dürre und dann wieder punktuell viel zu viel Wasser. Oder: Die Vegetationsperioden verschieben sich. Das wirft viele Fragen auf. Was heißt das für die Landwirtschaft? Es wäre zu kurzichtig, wenn wir uns erst beim Anbau Gedanken über das Wasser machen. Beziehungsweise: Hoffen können wir ohnehin. Und völlig verkehrt: Wasser zur Ware zu machen und damit zu handeln und zu spekulieren. Dass das global immer mehr passiert, erfordert Widerstand. Sinnvoll ist vor allem

⁴ Richard Sennett (2012): *Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält.* Hanser Berlin

⁵ Maude Barlow (2013): *Blaue Zukunft.* Verlag Antje Kunstmann.

⁶ Oder hält es sich dadurch die Waage, dass so viele Höfe zusperren? Möglich.

ein Perspektivenwechsel: Denn Wasser ist ein Gemeingut.⁵

Klimawandel: Wasser + Boden = Leben

Manche Fragen werden klarer, wenn sie Schritt für Schritt gestellt werden. Und scheinbar kleine Fragen können ganz schön groß werden. Wasser ist Leben. Ohne Wasser im Boden kein Leben. Wird der Boden förderlich bewirtschaftet, kann mehr Wasser aufgenommen und gespeichert werden. Und umso besser kann mit Extremwetterereignissen umgegangen werden. Wasser- und Porenmangel im Boden wirken sich negativ auf die Nährstoffkreisläufe aus – und das kann letztlich auch gravierende Folgen haben. Wie wirkt sich die Bodenbearbeitung auf das Bodenleben und die Poren aus? Schwere Traktoren und Maschinen bewirken Bodenverdichtung, also langfristige und schwere Schäden. Dies geht auf Kosten der Poren, die Wasseraufnahme- und -speicherfähigkeit sinkt. Was sich in Zeiten des Klimawandels mehrfach rächen kann (Ertragsverluste, Überschwemmungen, ...). Kurzum: Bodenwissen ist Zukunftswissen. Und: Die Auswirkungen auf und der Umgang mit Boden („Landnutzung“) ist Klimapolitik. Bodenverdichtung ist die landwirtschaftliche Form der Bodenversiegelung.

Mehr Hirn für immer weniger Hektar?

In diese Diskussion müssen wir aber noch einen weiteren Aspekt einbeziehen. Bodenversiegelung und Bodenverlust. Derzeit steigen die Hirne pro Hektar wieder an, aber nur deshalb, weil so viele Hektar verloren gehen.⁶ Ein Beispiel: Es konnte der türkis-blauen Ex-Regierung gar nicht schnell genug gehen, dieses Klimabefeuerungsprojekt

der Dritten Piste – vorläufig – durchzuführen (s. BZ 354). 660 Hektar des fruchtbarsten Tschernosem-Bodens sollen verbaut werden, um Flüge (hauptsächlich innereuropäisch, unterhalb der 1.000-Kilometer-Distanz) zu maximieren. Das zeugt von Realitätsverlust. Dieser klimapolitische Wahnsinn wird als „neuer Weg“ verkauft. Das ist: Weniger Hektar und hörige Hirne. Die negativen Folgen fallen allen auf den Kopf, wenn auch in ungleicher Weise. Zuerst sind die Folgen der Klimakrise in der Landwirtschaft zu spüren. Noch ist die Piste nicht gebaut. „Besser am Boden bleiben statt fliegend abheben“ heißt die Alternative zu diesem Realitätsverlust. Sowie mehr Hirn und mehr Demokratie.

Denn die Frage ist brennend: „Wie bleibt uns Boden?“ Dazu einige Fakten: 41 % des in Anspruch genommenen Bodens sind in Österreich bereits versiegelt (laut Umweltbundesamt). In den letzten drei Jahren wurden täglich durchschnittlich 11,8 Hektar (= ca. 16 Fußballfelder, etwa für Einkaufszentren und Wohnprojekte auf der grünen Wiese, Autobahnen). Das sind jeden Tag schwere Verluste. Landkonzentration und Höfesterben verstärken diesen Trend. Jede*r weiß: Das kann sich nicht ausgehen, hier läuft seit langem etwas grundsätzlich schief. Bodenwissen ist Zukunftswissen und Bodenpolitik ist Zukunftspolitik.

Wir brauchen auch in diesem Sinne eine Bewegung für „Farmers For Future“. Mit Hirn, Mut und einer Vision, die Zukunft öffnet, anstatt sie zu verbauen: „Das erste Element einer Rettung der Zukunft vor der Gegenwart besteht darin, ihre Offenheit zu verteidigen.“ (Seeßlen)

*Franziskus Forster
Politischer Referent der
ÖBV-Via Campesina Austria*

AB HOF: EIN- UND AUSBLICKE

Wieder gibt es ein Ringen um die zukünftige Entwicklung und Ausrichtung der europäischen Landwirtschaft und die Verteilung von Fördergeld. Weshalb wir uns nicht wirklich beschäftigen mit dieser Thematik und mit dem Einbringen unserer Forderungen? Einerseits wegen der Erwartung, dass ohnehin unsere Interessensgemeinschaften (Bio Austria, Arge Heumilch, ÖBV, ...) dies für uns tun und andererseits dieses ungute Gefühl, ja mittlerweile die Überzeugung, dass die echten Probleme unserer Zeit ohnehin nicht angegangen werden.

Zur Lage der Welt

Unsere westlichen Werte (Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze, Digitalisierung, Technisierung...) treffen auf die aktuelle ökologische „Lage“ des Planeten: Klimaerwärmung, Überdüngung und Vergiftung der Böden, Gewässer und Meere, Artensterben, Regenwaldzerstörung, Lagerstättenplünderung, Bodenversiegelung, Erosion, radioaktive Verstrahlung, ...

Die soziale „Lage“ mit dem Umstand, dass unsere Wohlstands- und Reichtumsvermehrung mit der Verarmung von Milliarden und dem Hungertod von Millionen von Menschen einhergeht ist nicht weniger besorgniserregend.

Ist schon jedes einzelne unserer echten Probleme ein großer Brocken, so ist die Summe aller mit den Wechselwirkungen eine riesige Zeitbombe.

Kurz gefasst: So weitermachen wie bisher geht sich ganz einfach nicht aus!

Doch unsere Gesellschaft und auch die Politik hat gelernt, damit umzugehen: Verdrängen, Ablenken, Zerreden, Korumpieren, den Fokus auf den Erfolg legen, Selbstverwirklichung, Konsumieren, Wachsen, Politik machen. –

Und natürlich unsere Demokratie beschwören – die Mehrheit ist ja bekanntlich im Besitz der Wahrheit – oder vielleicht doch nicht?

Welche Schlüsse ziehen wir daraus für unseren Betrieb?

Rinderhaltung mit Bio-Heumilcherzeugung: konsequente Low-Input-Strategie, Weidehaltung, keine Höchstleistungen, abgestufte Bewirtschaftungs- und Düngungsintensität beim Grünland (und damit höhere Biodiversität durch Zwei-, Drei- und Vierschnittwiesen). Keine großen Wachstumsschritte, bestehende Gebäude werden genutzt, Bodenverbauung ist dadurch nur in geringem Umfang notwendig. Unsere Maschinen werden bis zum technischen k.o. genutzt.

In den letzten zehn Jahren wurde von uns für Hilfsprojekte in Afrika mehr Geld ausgegeben als für die Anschaffung neuer und gebrauchter Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft.

Energieversorgung: höhere PV-Ökostromerzeugung als Verbrauch, Hackgutlieferung an die örtliche Biomasse-Nahwärmanlage ersetzt mehr Heizöl als Diesel verbraucht wird.

Unabhängig davon, dass die eingeschlagene Richtung hoffentlich eine Verbesserung des ökologischen und sozialen Fußabdruckes bewirkt, stellt sich bei der Vollkostenrechnung der Milch-Arbeitskreise heraus, dass dieses Konzept auch noch überdurchschnitt-

Betriebsporträt Familie Wiesinger VON JOSEF WIESINGER



Foto: Familie Wiesinger

lich wirtschaftlich ist. Dieser Umstand ist aber auch maßgeblich vom Kaufverhalten der Konsument*innen getragen, die bereit sind, für unsere Bio-Heumilch mehr zu bezahlen.

Die Herausforderungen in der Land- und Forstwirtschaft werden nicht weniger (Dürre, Engerlingplage, Borkenkäfer, Bienensterben, ...) doch genau das macht diesen Beruf auch richtig interessant und spannend.

Und so wird gelesen, mit Kolleg*innen besprochen, probiert, umgesetzt und auch unterlassen um letztendlich in jenen Bereichen, wo wir etwas verändern können die hoffentlich richtigen Weichenstellungen für die Zukunft zu treffen!

Betriebsspiegel:

Bio-Heumilcherzeugung im Vollerwerb in Pfarrkirchen im Oberen Mühlviertel
28 ha LN, 7 ha Wald

22 Milchkühe, 16 Kalbinnen und Kälber, 6 Hühner

2 Ziegen, 5 Katzen, 9 Bienenvölker

Wer lebt und arbeitet am Hof: Barbara und Josef Wiesinger mit den Kindern Olivia, Judith und Rosa und die fleißigen Seniors Berta und Sepp

UNTERWEGS MIT DEN MISTSTÜCKEN

Austausch mit Bäuerinnen in Süddeutschland

VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER

Wenn die Frauen vom Bäuerinnen-Kabarett, die „Miststücke“ unterwegs sind, fallen sie auf. Ihr Humor steckt an, nicht nur, wenn sie auf der Bühne stehen. So auch beim Frauen-Seminar der ÖBV im Herbst 2018. Am Seminar haben auch zwei Frauen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) Franken teilgenommen. Die AbL ist unsere La Via Campesina-Schwester in Deutschland.

So entstand am Seminar die Idee eines Miststücke-Auftritts in Franken im Rahmen eines Austausch-Besuches von österreichischen ÖBV-Frauen beim süddeutschen Frauen- oder Bäuerinnen*-treffen im Lindhof in Ulsenheim.

Die Kabarett-Bäuerinnen wollten dazu andere ÖBV-Frauen dabei haben, und so begleitete ich Mitte März gemeinsam mit Franziska Schrolmberger aus dem ÖBV-Vorstand die „Miststücke“ auf ihrer Tour.

Hinter den Kulissen

Es ist schon interessant, die Arbeit „hinter den Kulissen“ mitzerleben. Die Bäuerinnen treffen einander nicht oft, und so wird die Anreise zu einem Auftritt zum Arbeiten am Programm genutzt. Nächste Auftritte und Anfragen werden besprochen. Erste Frage am Weg nach Offenheim in Franken: Verstehen die Menschen dort die österreichische Umgangssprache? Zur Vorsicht probierten die Frauen einzelne Szenen in Standardsprache durch. Wie sagt man „Stoa klaubm“ in Hochdeutsch? „Steine aufsammeln“?

Wie heißt die deutsche Landwirtschaftsministerin? Und wie das Amt, bei

dem die Bäuer*innen in Franken ihren Mehrfachantrag abgeben müssen?

Thema in der Zugfahrt sind aber auch Politik, Demokratie oder die letzte ÖBV-Vollversammlung. Managerin Monika Mlinar ruft immer wieder auf, zum Arbeitsprogramm zurückzukehren! Und dann teilen die Frauen auch mitgebrachtes Essen. Leute, die durch den Waggon gehen, werden ins Gespräch involviert oder bringen sich von selbst ein.

Am Bahnhof Offenheim werden wir abgeholt – Welch ein Glück, dass die Frauengruppe auffällt!

Im Hofcafe bekommen die Frauen einen Imbiss, im ersten Stock befindet sich der Saal mit Bühne. Diese sehen die „Miststücke“ zum ersten Mal – wie meistens bei den Auftritten. Ein Problem taucht auf: Der Umkleideraum ist nur über einen Balkon erreichbar. Zum Glück gibt's Paravents, die rasch neben der Bühne aufgestellt werden. Alle bestellten Requisiten sind da, Monika lässt sich vom Hausherrn Licht und Tontechnik erklären, das wird wie immer sie übernehmen.

Dann bleibt noch Zeit für eine kurze Probe.

Welche Erleichterung, wir verstehen die Gastgeberinnen einwandfrei, sie haben auch umgekehrt kein Problem mit dem österreichischen Dialekt, genauso wie das Publikum am Abend,

das begeistert ist von den kabarettspielenden Bäuerinnen.

Herzlichkeit und Politik

Die AbL-Frauen haben für nächsten Tag eine Exkursion vorbereitet, bei der uns Frauen aus der Umgebung begleiteten – wetterbedingt machten wir einen Besuch in einem Zitrus-Gewächshaus und in einem Demeter-Schweinstall. Auch den Weinberg der Gastgeberin konnten wir besuchen.

Den Abend füllten wir mit Gesprächen über Agrarpolitik und die Arbeit der AbL und der ÖBV, besonders Anliegen und Themen der Frauen.

Es tut so gut für die eigene politische Arbeit und in der Arbeit am Hof, Gleichgesinnte zu treffen und neue kennenzulernen! Es war wirklich schön, so offen und herzlich willkommen geheißen und umsorgt zu werden.

Ich erlebe es immer wieder, dass es sich mit kleinbäuerlich engagierten Frauen redet, als würde man sich schon lange kennen, meistens muss ich schmunzeln, wenn sogar Lebenslinien ähnlich verlaufen.

Es war wieder sehr bereichernd, uns zu vernetzen, auszutauschen und einander zu stärken!

*Judith Moser-Hofstadler
Biobäuerin in Alberndorf
im Mühlviertel*



kurz & bündig**Biobäuerliches GAP-
Positionspapier**

Bio-Bäuerinnen und Bio-Bauern aus dem unteren Mühlviertel haben sich am Stammtisch getroffen, um über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft zu diskutieren. Herausgekommen ist ein interessanter Vorschlag, wie die Agrarpolitik transformiert werden kann. Ihr Ziel ist generationenübergreifende Kontinuität und Beständigkeit in der Landwirtschaft zu ermöglichen, sowie stabile und verlässliche Arbeits- und Sozialbeziehungen. Sie wollen damit landwirtschaftliche Wirtschaftsweisen fördern, die auf Kreislaufwirtschaft, risikominimierende Vielfalt, fließende Übergänge von Landwirtschaft zu Handwerk und ortsbezogenes Erfahrungswissen setzen. In ihrem Positionspapier fordern sie dafür eine verstärkte Agrarstruktur-Politik als Ergänzung zur flächenbezogenen Umwelt- und Bergbauernförderung. Anstatt der „zahnlosen Betriebsprämien“ sollte eine einzelbetriebliche Existenzsicherungsprämie geschaffen werden.

Wer mehr dazu wissen will, kann das Papier herunterladen unter www.viacampesina.at/?ddownload=3711 oder sich melden unter office@viacampesina.at

ÖBV-Info I**ÖBV-Stammtisch der
Regionalgruppe Unteres
Mühlviertel plus Regionalgruppe
Vöcklabruck**

Di, 9. Juli 2019, 15:00

**Wirt z. Trosselsdorf, 4212
Neumarkt/Mühlkreis (OÖ)**

Stammtisch mit gemütlichem, sommerlichem Ausklang mit Grillen. Alle Interessierten sind willkommen.

**Bäuerinnenkabarett
„Die Miststücke on Tour“**

**Fr, 16. Aug 2019, 19:30
Kirchberg am Wagram (NÖ)**

Veranstaltet vom Kulturverein CIRC

**Sa, 31. Aug 2019, 14:00
Innsbruck, bei der „ÖKO FAIR“ –
Die Tiroler Nachhaltigkeitsmesse**

www.oeko-fair.at

**Fr, 27. Sept 2019, 16:00
OÖ Landesgartenschau in
Aigen-Schlägl (OÖ), Festwiese**

www.biogarteneden.at

**Fr, 15. und Sa, 16. Nov 2019
Sonnberg (OÖ)**

Rückfragen:

Monika Mlinar: mmlinar@aon.at,
02782 82237 oder 0660 6024360

**ÖBV-Bäuerinnenwanderung 2019
– Großer Priel**

**Mo, 12. Aug – Mi, 14. Aug 2019
Großer Priel, Start am Bahnhof Hin-
terstoder (OÖ)**

Die ÖBV-Frauen wandern heuer auf den Großen Priel (2.515m), den höchsten Gipfel des Toten Gebirges mit prachtvoller Fernsicht in

alle Richtungen. Alle interessierten Frauen aus der Landwirtschaft sind willkommen.

Kontakt und Anmeldung : Monika Mlinar: mmlinar@aon.at, 02782 82237 oder 0660 6024360

Nähere Infos:

www.viacampesina.at/termine

**Zukunftssymposium zur
Regionalentwicklung**

**So, 20. Okt 2019, 10:00-16:00
Steyr-Dietachdorf (OÖ)**

Wirt im Feld, Ennsstr. 99

(Termin vom 16. Aug wurde verschoben) mit Franz Rohrmoser, Christian Hiß und Andrea Heistingner
Initiativen und regionale Zusammenschlüsse werden vorgestellt.

**Herbsttreffen für
Ernährungssouveränität**

**Fr, 1. – Sa, 3. Nov 2019
In der Tabakfabrik Linz (OÖ)**

Beim Herbsttreffen der Bewegung für Ernährungssouveränität diskutieren wir anhand praktischer Beispiele wie regionale Lebensmittelnetzwerke funktionieren können und lernen von Initiativen aus nah und fern. Am Samstag werden Workshops zu Klima und Landwirtschaft, Rechten von Kleinbäuer*innen und vielem mehr angeboten.

Nähere Infos demnächst auf: ernaehrungssouveraenitaet.at

Fortsetzung ÖBV-Info II S 28

AUSLAUFMODELL KLEINLANDWIRTSCHAFT?

Eine neue Studie über Kleinandwirtschaft in Österreich zeigt, dass von einem Auslaufmodell nur bedingt gesprochen werden kann. Vielmehr kommt bei einem genaueren Blick eine große Vielfalt zum Vorschein.

VON MICHAEL GROIER UND INGRID MACHOLD

Im internationalen Kontext stellen landwirtschaftliche Kleinbetriebe vor allem in Ländern des globalen Südens eine zentrale Säule der Ernährungs- und Existenzsicherung dar. Auch in Südosteuropa spielt ihre Subsistenzfunktion nach wie vor eine bedeutende Rolle, während in westlichen Industrieländern vor allem die öffentlichen Güter und das Innovationspotential gesellschaftlich relevant sind.

Im Rahmen des ungebrochenen landwirtschaftlichen Strukturwandels schließen in Österreich jedes Jahr tausende landwirtschaftliche Betriebe für immer ihre Stalltüren. Dabei stellen sich Fragen, welche gesellschaftlichen Leistungen damit verloren gehen und welchen Beitrag die Politik leistet, damit landwirtschaftliche Kleinbetriebe ihre möglichen Potenziale entwickeln können.

Von der Bedeutung der Kleinlandwirtschaft

28 % aller Kleinbetriebe¹ bewirtschaften 7 % der gesamten Kulturlfläche. Die damit vergleichsweise geringe Flächenbewirtschaftung und Produktionsfunktion kennzeichnet die Kleinlandwirtschaft und lenkt die Aufmerksamkeit verstärkt auf die vielen anderen Funktionen und öffentlichen Güter, die von der Kleinlandwirtschaft bereitgestellt werden und von großem, gesellschaftlichem Nutzen sind. Dazu gehören Dienstleistungen wie Landschaftspflege

¹ Zur Analyse der Kleinlandwirtschaft in Österreich wurden Kleinbetriebe auf Basis der Invokos-Förderungsstatistik folgendermaßen definiert: höchstens 20 ha Kulturlfläche und maximal 15.000 Euro Standardoutput

(Tourismus) oder die Aufrechterhaltung der Mindestbesiedelung und der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur im Berggebiet und anderen benachteiligten Gebieten. Vor allem aber fungiert die Kleinlandwirtschaft auch als Struktur-, Lebensraum- und Innovationspuffer an der Schnittstelle zu größeren, unternehmerisch orientierten Betrieben und weist ein gewisses Erneuerungspotential bei der Entwicklung und Erschließung neuer Nischenprodukte, Dienstleistungen und Vermarktungsmodelle auf.

Vor allem in den alpinen Realteilungsgebieten Westösterreichs ist der Anteil der Kleinbetriebe in vielen Regionen mit über 50 % nach wie vor besonders hoch, aber auch in etlichen Regionen des Mittel- und Südburgenlandes sowie der Südsteiermark finden sich verstärkt kleinlandwirtschaftliche Betriebe. Im Gegensatz dazu ist die Kleinlandwirtschaft in den agrarischen Gunstlagen Ostösterreichs schon weitgehend marginalisiert.

Zwischen 2003 und 2016 hat sich österreichweit die Anzahl der Kleinbetriebe um etwa die Hälfte reduziert, dabei ist ein deutliches Ost-West-Gefälle festzustellen. Vor allem im Mittel- und Südburgenland (ausgehend von einem hohen Niveau) aber auch in den intensiven Ackerbauregionen des Weinviertels (ausgehend von niedrigem Niveau) verringerte sich der Anteil der Kleinbetriebe um mehr als 60 %. In den kleinstrukturierten Grünland- und Bergbauerngebieten Westösterreichs vermitteln Abnahmeraten von 20-40 % vergleichsweise ein stabileres Bild.

Zur Vielfalt der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe

Kleinlandwirtschaft in Österreich ist vorwiegend Nebenerwerbslandwirtschaft im benachteiligten Gebiet, 80 % der Kleinbetriebe arbeiten im Nebenerwerb, 74 % sind Bergbauernbetriebe der unterschiedlichen Erschwernisstufen. Die Hälfte aller Kleinbetriebe sind Futterbaubetriebe, gefolgt von den Marktfrucht- und Forstbetrieben. Charakteristisch für Kleinbetriebe ist auch der überproportional hohe Anteil an über 65-jährigen Betriebsleiter*innen, der einen wichtigen Aspekt für die zahlreichen Betriebsaufgaben darstellt.

Auf Basis der Interviews mit Betriebsleiter*innen lässt sich eine ganze Bandbreite von Kleinlandwirtschaftsbetriebstypen beschreiben. Die Spanne reicht von *Traditionalisten*, die ihre langjährige Bewirtschaftungsform im Wesentlichen beibehalten wollen, über *Professionalisten*, die den kleinen Nebenerwerbsbetrieb unter Quersubventionierung und hohem Arbeitseinsatz wie Haupterwerbsbetriebe führen. *Innovatoren*, die neue Ideen und zukunftsweisende Betriebskonzepte ausprobieren, sowie *Hobby- und Aussteigerlandwirtschaften*, bei denen Landwirtschaft Hobby- bzw. Subsistenzcharakter hat, bis hin zu *Auslaufbetrieben*, deren Betriebsaufgabe wahrscheinlich ist, charakterisieren weitere kleinlandwirtschaftliche Betriebstypen.

Wie sehen Betriebsleiter*innen ihre Kleinlandwirtschaft?

Im Zuge der Interviews der vielfach sehr kritischen und reflektierten Betriebsleiter*innen von Kleinbetrieben kristallisierte sich heraus, dass die Übernahme und Bewirtschaftung von Kleinbetrieben immer weniger eine generationenübergreifende Verpflichtung darstellt. Die Weiterführung des

Betriebs stellt zwar meist einen Herzenswunsch der übergebenden Generation dar, wird aber ohne Zwang an die nächste Generation herangetragen, die damit ein persönliches Projekt verbindet (oder nicht).

Eine Hofübernahme durch die nächste Generation wird allerdings sowohl von der älteren als auch der jüngeren, übernehmenden Generation vielfach kritisch gesehen. Wenn es darum geht, sich für oder gegen die Weiterführung eines Betriebes zu entscheiden, dann spielen folgende Punkte eine wichtige Rolle: Einerseits die oft wahrgenommene fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand wegen der geringen landwirtschaftlichen Einkommen, der zusätzlichen Arbeitsbelastung im Nebenerwerb, der unregelmäßigen Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Andererseits aber auch das flächenbezogene Förderungssystem und die ausdifferenzierte Bürokratie (Förderungen, Richtlinien, Auflagen, Kontrollen).

Auf der anderen Seite wirken sich attraktive regionale Arbeitsplätze und damit die Möglichkeit eines Nebenerwerbs positiv auf die Weiterführung des Betriebes aus. Vor allem, wenn auch ideelle Werte wie die Freude an der Arbeit in der Natur und dem Umgang mit Tieren, einen hohen Stellenwert haben, genauso wie selbsterzeugte Produkte und die relative Unabhängigkeit und Marktferne im Vergleich zu größeren Betrieben.

... ist sie zukunftsfähig?

Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass der agrarische Strukturwandel – regional mit unterschiedlicher Dynamik – weiter fortschreiten wird, wobei das Berggebiet wahrscheinlich etwas weniger betroffen ist, da hier mehr Möglichkeiten des Nebenerwerbs gegeben sind. Da (klein-)landwirtschaftliche

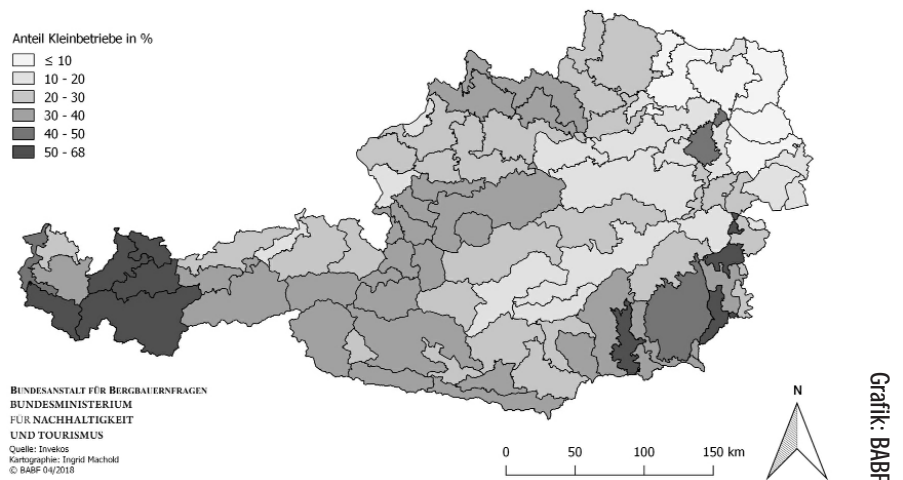


Abbildung 1: Anteile der Kleinbetriebe an allen landwirtschaftlichen Betrieben nach agrarischen Kleinproduktionsgebieten 2016 in Prozent

Flächen in stadtnahen ländlichen Regionen als Bauflächen sehr begehrt sind und ein größeres Angebot an Arbeitsplätzen wechende Betriebsleiter*innen aufnehmen kann, wird mit einer weiteren Ausdünnung kleinlandwirtschaftlicher Strukturen gerechnet. Andererseits bieten sich hier auch für Kleinlandwirtschaften attraktive Verkaufsmöglichkeiten in der Direktvermarktung.² Einig waren sich alle befragten Betriebsleiter*innen, dass Kleinbetriebe nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich der Herstellung von qualitativ hochwertigen, regional erzeugten und alternativ vermarkteten Spezialitäten und Nischenprodukten bzw. dem Anbieten spezieller Dienstleistungen (z.B. soziale Landwirtschaft) zuwenden.

Um kleinbäuerliche Strukturen weiterhin zu ermöglichen bedarf es darüber hinaus auch unterstützender Rahmenbedingungen. Dazu gehören ein Förderungssystem und Beratungsangebot, das die spezifischen Bedürfnisse der Kleinlandwirtschaften stärker berücksichtigt, die Förderung überbetrieblicher Zusammenarbeit und Kooperativen, die Erleichterung der Betriebsübernahme durch außerfamiliäre Personen sowie bewusst-

seinsbildende Maßnahmen, die die spezifischen Leistungen der Kleinlandwirtschaft hervorheben und damit auch ihr Image und Selbstbild verbessern.

Um landwirtschaftliche Kleinbetriebe nicht in die (zahlenmäßige) Bedeutungslosigkeit zu treiben und damit auch viele ihrer, scheinbar nebenher erledigten, Funktionen zu verlieren, muss das Ziel einer zukunftsfähigen Agrarpolitik sein, substantiell nachhaltige Agrarsysteme voranzutreiben, die neben der Produktionsfunktion auch die bedeutenden gesellschaftlichen Leistungen der Kleinlandwirtschaften anerkennen. Welche negativen Konsequenzen die Aufgabe landwirtschaftlicher Kleinstrukturen vor allem im Berggebiet haben kann, zeigt die Deagrarisierung von Teilen der italienischen/französischen Alpen nach dem 2. Weltkrieg.

*Michael Groier und Ingrid Machold
Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und
Bergbauernfragen*

Literatur

FH Joanneum Graz (Hg.) (2018): Kleinbauernhof im 21. Jahrhundert. Graz.

Groier, M., Machold, I., Loibl, L. (2018): Landwirtschaftliche Kleinbetriebe zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Forschungsbericht Nr. 71 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien

² FH Joanneum Graz 2018

KLEINBAUERNHOF IM 21. JAHRHUNDERT

21. Jahrhundert? Wir gründen Kleinbäuer*innenhöfe! Wie städtisches Umfeld und kleinstrukturierte Landwirtschaft voneinander profitieren können.

VON STEPHAN PABST



Wir haben viel von den besuchten Höfen, den Kleinbäuerinnen und -bauern, den Einstiegswilligen und Querdenkenden, den Fachleuten für Landwirtschaft, Baukultur und Lebensmittelerzeugung gelernt.“ so Projektleiterin Ulrike Seebacher. Dieses Wissen ist auf den Höfen entstanden, auf denen Menschen vielfältige Formen der Landwirtschaft und Direktvermarktung realisieren. Höfe, wie der Hof der Vielfalt, wo Caroline und Bertram Michor seit 2017 nach dreijähriger Pacht einen halben Hektar im Eigentum bewirtschaften. Ein Einfamilienhaus, ein kleines Stallgebäude und ein Holzschuppen machen das Gebäudeensemble aus. Abgerundet durch ein Anlehngehäuschen und einen Folientunnel, der hinter dem Haus liegt und von zwei mittelgroßen Gemüsebeeten flankiert wird. Hier wird intensiver Gemüsebau mit wenig Input an Energie und Maschinen betrieben, nach dem sogenannten Market Gardener Konzept, das durch den Kanadier Jean Martin Fortier bekannt wurde. Von dem Konzept erfahren haben Bertram und Caroline von uns – eine durchdachte Fruchtfolge, Handarbeitsgeräte, die die Arbeit erleichtern aber nicht viel kosten und

ein gutes Marketingkonzept hatten sie schon und sind damit auf dem Weg zum Vollerwerb.

Strukturwandel als Chance sehen

Kleinbäuerliche Strukturen kennzeichnen die steirische Landwirtschaft. Diese traditionellen ländlichen Prägungen werden zunehmend in Frage gestellt, da es aufgrund zunehmender Industrialisierung und Landflucht immer weniger bäuerliche Betriebe gibt, wie der Artikel von Michael Groier und Ingrid Machold zeigt. Zugleich brauchen wachsende Städte wie Graz eine funktionierende Lebensmittelversorgung. Viele Menschen in der Stadt sehnen sich nach Natur, wollen wissen wo ihr Essen herkommt, streben nach einem guten Landleben und schätzen regionale Identität. Wir suchten Einblick in ihre Motive und fanden, dass einige den Strukturwandel als Chance für Diversifizierung sehen und dass man mit der vorhandenen Fläche gut wirtschaften kann.

Bauernhof neu denken und ausprobieren

Unterschiedliche Wirtschaftsweisen sind wie Kleidungsstile und können trotz ihrer Verschiedenheit in ähnlicher Lage gut

passen. Hürden, wie ein großer Arbeitsaufwand und Arbeits- sowie Urlaubszeiten, die mit denen eines 8-Stunden-Jobs wenig zu tun haben, lassen sich nicht einfach aus dem Weg räumen. Es braucht eine realistische Einschätzung und Erfahrung in der Landwirtschaft und das Unterfangen soll sich langfristig rechnen. Ein gutes Hofkonzept mit Ertragsrechnung und laufende Aufzeichnungen von Arbeitszeit sowie eine Einnahmen-Ausgabenrechnung sind sehr zu empfehlen.

„Einen Kleinbauernhof zu gründen, ist an sich schon idealistisch.“ (Max vom Sepplashof)

Ob sich die leichter tun, die vorhandene Betriebe übernehmen oder jene, die neu in die Landwirtschaft einsteigen, wagen wir nicht zu beurteilen. Klar ist uns geworden, dass erfolgreiche Kleinbäuer*innen innovative Unternehmer*innen sind, die die Bedürfnisse ihrer Kund*innen kennen und Managementdenken an den Tag legen. Und die sich nicht vor Veränderungen scheuen, und die Erfahrungen sammeln und schnell aus ersten (Miss)erfolgen lernen.

*Stephan Pabst
arbeitet am Studiengang Nachhaltiges
Lebensmittelmanagement der
FH JOANNEUM Graz*

Kleinbauernhof im 21. Jahrhundert als eBook erhältlich!

Der Studiengang „Nachhaltiges Lebensmittelmanagement“ und das Institut für Architektur & Management der FH JOANNEUM untersuchten von 2016 - 2018 gemeinsam mit dem StadtLABOR Graz steirische Kleinbauernhöfe, die im weiteren Umkreis um die Landeshauptstadt Graz überwiegend Acker- und Gemüsebau betreiben.

Die Erkenntnisse aus dem Projekt sind im Buch „Kleinbauernhof im 21. Jahrhundert“ zusammengefasst: <http://bizpaper.fh-johanneum.at/eBooks/Bauernhof-21.pdf>

Infos:

Wie komme ich zu einem Hof: Hofbörse Perspektive Landwirtschaft

Höfe in Gemeinschaftseigentum: Munus-Stiftung

DIESER BAUER HAT EINEN VOGEL ...

Immer weniger Vögel leben auf landwirtschaftlichen Flächen – sowohl in Österreich als auch EU-weit. Der Farmland Bird Index, der die Bestandstrends von 22 häufigen Kulturlandvögeln wiedergibt, ist in den letzten 20 Jahren um 40 % gesunken.¹

Ursachen für den Rückgang der Biodiversität

Was sind die Gründe für diese Entwicklung? So vielfältig die Ansprüche der verschiedenen Vogelarten auch sein mögen, sie lassen sich zu drei wesentlichen Faktoren zusammenfassen: Lebensraumstrukturen, Bruterfolg und Nahrungsgrundlage. Die Lebensraumstrukturen sind für die meisten Menschen auf den ersten Blick verständlich: Je nach Vogelart brauchen manche Arten Büsche und Hecken, andere einen lockeren Baumbestand, wieder andere weite, offene Wiesen mit einem hohen Grundwasserspiegel. So wie sich der Buntspecht nicht in ein Getreidefeld setzen würde, legt auch die Feldlerche ihr Revier nicht in einer Streuobstwiese oder am Waldrand an. Viele der erwähnten Strukturen und Lebensraumtypen verschwinden zunehmend aus der Landschaft, demnach siedeln sich auch immer weniger Vogelarten an.

Ein zweiter, sehr wesentlicher Faktor für den Rückgang an Vögeln ist der mangelnde Bruterfolg. Brutaler gesagt, oft sterben die Jungen durch die maschinelle Bewirtschaftung schon im Nest. Das ist vor allem für bodenbrütende Arten wie Kiebitz, Feldlerche oder Braunkehlchen der wichtigste Faktor. Gerade im Frühling sind deshalb bewirtschaftungsfreie Zeitfenster von mindestens 6 bis 8 Wochen, bzw. eine späte erste Mahd der Wiesen ausschlaggebend für den Erhalt der Bodenbrüter.

Und drittens benötigen Vögel zur Jungenaufzucht und auch zum eigenen

Überleben Nahrung. Fast alle Jungvögel werden mit Insekten gefüttert, einzelne körnerfressende Arten wie Stieglitz oder Girlitz verfüttern auch Sämereien. Die Nahrungsgrundlage wird natürlich durch den Einsatz von Pestiziden reduziert, aber auch starke Düngung von Wiesen oder mechanische Unkrautbekämpfung von Äckern führt zum Rückgang von Insekten und Kräutern.

Welche Nutzungsformen helfen den Feldvögeln?

Es hat sich gezeigt, dass der Rückgang von bestimmten Nutzungsformen in der Landwirtschaft mit dem Rückgang der Vögel einhergeht. So sind z.B. extensive Nutzungen wie Streuwiesen, Hutweiden oder einmähdige Wiesen besonders artenreich. Diese sind schon vor Jahrzehnten immer weniger geworden, haben sich jetzt aber auf einem Niveau von ca. 10 % eingependelt. Derzeit findet ein dramatischer Verlust von mittelintensivem Grünland wie zweimähdigen Wiesen statt, die immer früher und öfter gemäht (und stärker gedüngt) werden. In den letzten 20 Jahren hat das Braunkehlchen, ein typischer Bewohner dieser Wirtschaftswiesen, deshalb in ganz Europa Verluste von bis zu 90 % erfahren müssen. Im Ackerland sind es die Brachen (sowie Feldraine und andere Randstrukturen), die wesentlich zur Biodiversität beitragen. Das Rebhuhn ist z.B. aus der Steiermark zusammen mit den Brachen so gut wie verschwunden. Diese Nutzungen ergeben sich automatisch bei kleinen Betrieben mit niedriger Besatzdichte (max. 1 GVE/ha).

¹ Farmland Bird Index (FBI): Er setzt sich aus den Bestandstrends 22 typischer Kulturlandarten zusammen, wie z.B. Kiebitz, Feldlerche, Baumpieper oder Braunkehlchen. Datengrundlage ist das österreichische Brutvogelmonitoring, das von ehrenamtlichen Zähler*innen jährlich durchgeführt wird und die Veränderungen der gezählten Arten jeder Zahlstrecke über die Jahre aufzeigt.

Diese Aussage ist mittlerweile als Kompliment zu verstehen. Wie hängen Höfe- und Vögelsterben zusammen?

VON KATHARINA BERGMÜLLER



So könnten Natur und Kleinbauern und -bäuerinnen von der GAP profitieren

Leider hat die europäische Agrar- und Förderpolitik diese Entwicklung mitverursacht. Deshalb ist es das Gebot der Stunde, endlich eine ökologische, nachhaltige Landwirtschaft in der GAP-Reform in den Mittelpunkt zu stellen! So bietet der neue Ansatz der „Eco-Schemes“ endlich die Möglichkeit, extensives Wirtschaften nicht nur zu „entschädigen“, sondern auch finanzielle Anreize zu bieten. Dafür muss natürlich genügend Geld im EU-Budget reserviert werden ... Auch im ÖPUL müssen wirksame Ansätze, wie z.B. die Biodiversitätsflächen im Acker weiter ausgebaut und mit attraktiven Prämien ausgestattet werden.

*Dr. Katharina Bergmüller
Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei
BirdLife Österreich mit Schwerpunkt
Kulturlandschaftsvögel*

Literatur:

Teufelbauer, N. & Seamna, B. (2019): Farmland Bird Index für Österreich: Indikatorenemittlung 2015 bis 2020. Teilbericht 4: Farmland Bird Index 2018. BirdLife Österreich im Auftrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus.

VIelfALT STATT EINFALT

Agrarpolitischer Grundkurs 2015 – ein persönlicher Rückblick.

VON MICHEAL HOFER

Als Sohn zweier grüner Biopioniere, könnte man sagen: Ich bin erblich vorbelastet. In meinem Umfeld war das anders. In der Landwirtschaftsschule wurde dann die Frage gestellt, wie viele Hektar und Kühe man habe und wie viele PS der Traktor hat – ich habe geantwortet: „Wir haben viele Standbeine!“ Die örtliche Landjugend regt auch nicht unbedingt zum Nachdenken über vielfältige Betriebskonzepte an. Um mit Freude und Innovationslust in die landwirtschaftliche Zukunft zu blicken, empfahl mir meine Mama einen agrarpolitischen Grundkurs zu machen. Das Hauptaugenmerk lag aber, glaub ich, nicht nur auf der politischen Bildung, sondern auch oder vor allem auf der Vernetzung mit anderen jungen Gleichge-

sinnten. Die Kurseinheiten mit unterschiedlichen Schwerpunkten bestärkten mich wirklich sehr in meinen Ansichten und trugen dazu bei, dass ich in der für unsere Region kleinen Landwirtschaft viele Möglichkeiten sehe. Im agrarpolitischen Grundkurs wurde aufgezeigt – es gibt nicht einen, sondern viele Wege. Jede Jungbäuerin oder jeder Jungbauer sollte sich in irgendeiner Form über Möglichkeiten am Hof und politische Einflussnahme informieren. Ich wurde ermutigt, nicht alle Gegebenheiten hinnehmen zu müssen und das wünsche ich jedem Menschen.

Michael Hofer

Ich bin angehender Jungbauer im oberen Mühlviertel, 26 Jahre alt und befinde mich in der Lehramtsausbildung für Biologie und Geografie. Diese Ausbildung ist sozusagen ein Backup. Ich würde nach der Hofübernahme den Betrieb gerne



Foto: Michael Hofer

ähnlich breit aufgestellt weiterführen, wenn auch sicherlich etwas anders. Die Angst, den Hof umzustrukturieren und womöglich mit der Tradition zu brechen, besteht nicht. Grundsätzlich haben sich die bisherigen Generationen am Betrieb schon gut überlegt warum sie in dieser Region eher Grünlandwirtschaft und Viehhaltung statt Ackerbau betreiben. Ganz so abenteuerliche Experimente werden es deshalb trotzdem nicht werden.

POLITIK VON DER SCHOLLE AUS

Ideenküche im November 2013 – wir Bäuerinnen beschließen, einen agrarpolitischen Grundkurs auf die Beine zu stellen.

VON CLAUDIA BUCHNER

Bäuer*innen arbeiten mit großer Hingabe, wir verstehen eine Menge von Tieren, Acker, Boden und Vermarktung – aber noch viele andere bestimmen mit darüber, ob sich unser Engagement lohnt und wirklich Früchte bringt. Wer? Wo? Wie? Was? Wann? – Genau das woll-

ten wir ebenso verstehen, wie unsere Möglichkeiten, auch darauf Einfluss nehmen zu können. Deshalb ein agrarpolitischer Grundkurs.

Ich war in der Vorbereitungsgruppe und ich war voll Begeisterung beim Kurs dabei. Wir waren 26 Teilnehmer*innen, 2/3 Frauen, sehr viele junge, hoch motivierte Menschen, die in der Landwirtschaft den Beruf ihrer Zukunft sahen.

Mich beflügelte die Begeisterung der jungen Generation und die Erfahrungen der Älteren, die sich mischten. Und ich konnte Expert*innen aus dem



Foto: Claudia Buchner

Nähkästchen erzählen hören. In diesen acht Tagen ließen unsere Vorkämpfer*innen und Begründer*innen der ÖBV ihren Lebensweg vor unseren Augen entstehen und die Geschichte

„NICHTS ÜBER UNS, OHNE UNS!“ – AGRARPOLITIK UND BILDUNG

des Bäuer*innentums und des bäuerlichen Widerstandes wurde lebendig. Bäuer*innen hatten es immer sehr schwer mit ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft, waren aber immer auch kämpferisch.

Dann spannte sich der Bogen in die Gegenwart – ich begann zu verstehen, wie und wo politische Entscheidungen entstehen und getroffen werden. Das hat mich sehr fasziniert. Wir haben uns gesucht und ein Stück gefunden in den großen Mühlen der politischen Kraftwerke, des politischen Widerstandes und unserer gesellschaftspolitischen Bedeutung – wir Bäuer*innen sind wichtig für unsere Gesellschaft, wir können Einfluss nehmen und wir müssen es tun!

Ich finde es sehr gut, dass dieser Kurs wieder angeboten wird. Wichtiges Wissen und unschätzbare Erfahrungen habe ich damals mitnehmen können und die prägen mich heute noch. Jetzt engagiere ich mich bei der ÖBV und anderen zivilgesellschaftlichen Plattformen. Ich denk gerade – schön wär's, selbst wieder dabei zu sein!

*Claudia Buchner
Biobäuerin seit 34 Jahren,
Mutter von vier besonderen
Kindern und Sozialarbeiterin.
Ich sehe in der Landwirtschaft
das Herz unserer Gesellschaften.*

Das Prinzip der Selbstvertretung war in der ÖBV immer eng mit Bildungsinitiativen verbunden. Die ÖBV gestaltet Bildungsveranstaltungen, in denen das Wissen und die Erfahrungen von Bäuer*innen mit dem von anderen Expert*innen in fruchtbaren Dialog treten kann und wo gemeinsam neue Ideen, Positionen, Ideen und Initiativen entwickelt werden können. Auch der Austausch mit verschiedenen Ernährungssouveränitäts-Bewegten aus anderen Berufen und Bereichen hat dabei große Bedeutung.

Bisher werden in der Agrarpolitik in Österreich Interessensunterschiede – zum Beispiel jene zwischen Milchbäuer*innen und den Molkereien – gerne unter den Teppich gekehrt. Dass die Landwirtschaftskammern gleichzeitig Kleinbäuer*innen, aber auch Großgrundbesitzer² sowie verarbeitende Industrien vertreten, wird nicht problematisiert. Aber auch die gesetzliche Interessensvertretung der Erntehelfer*innen und Saisonarbeiter*innen lässt zu wünschen übrig. Also jede Menge Interessensunterschiede ohne Aushandlung und Lösungsfindung auf Augenhöhe. Auf der anderen Seite werden künstlich Konflikte geschürt, wo es gemeinsame Interessen gibt – so etwa zwischen Bäuer*innen und Esser*innen oder zwischen Bäuer*innen und Ökologiebewegten.

Wenn unsere Ziele „gutes Essen für Alle“ und „gutes Leben für Alle“ sind und wenn wir an Auswegen aus der Klimakrise mitwirken wollen, dann wird es nötig sein, dass wir als Bäuerinnen und Bauern und als Zivilgesellschaft aus dem Rahmen denken, den die aktuelle Agrarpolitik uns vorgibt. Und es geht darum, gemeinsam

Bei allem was uns betrifft wollen wir mitreden!¹ – das ist ein wichtiges Grundprinzip von La Via Campesina. Auch die ÖBV verfolgt seit ihren Anfängen das Prinzip, dass (Berg)Bauern und Bäuerinnen sich selber vertreten und sich gemeinsam für ihre Anliegen einsetzen.

VON MONIKA THUSWALD

aktiv zu werden. Wissen über bestehende politische Institutionen und Prozesse ist dafür eine wichtige Basis. Gleichzeitig können wir uns politisches Handwerkzeug aneignen, das uns hilft den Stand der Dinge kritisch zu hinterfragen und uns eine eigene Meinung zu bilden, gemeinsam Positionen zu formulieren, sowie unsere Handlungsfähigkeit zu stärken.

All das wollen wir im „Agrarpolitischen Grundkurs“ der ÖBV im Winter 2019/20 in einer vielfältigen Gruppe von Bäuer*innen und anderen agrarpolitisch Interessierten gemeinsam erarbeiten, diskutieren und praktisch umsetzen.³ In einem gemeinsamen Prozess über vier Monate hinweg können wir Fragen vertiefen, reflektieren und weiterdenken – persönlich und als Gruppe. Gleichzeitig vernetzen wir uns untereinander und mit (agrar)politisch Engagierten in den verschiedenen Bundesländern. Wir wollen uns mit dem Agrar- und Lebensmittelsystem und mit Demokratie auseinandersetzen. Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und nichts Statisches. Demokratie will immer wieder neu gestaltet und erlernt werden. Denn: (agrar)politische Institutionen und Prozesse wurden von Menschen geschaffen und können von Menschen verändert werden.

*Monika Thuswald
Bildungsreferentin bei der
ÖBV-Via Campesina Austria*

Nähere Informationen zum Agrarpolitischen Grundkurs auf S 28.

¹ „Nothing about us, without us.“

² Absichtlich nur die männliche Form, da Großgrundbesitz zwar nicht ausschließlich aber zu einem hohen Anteil im Eigentum von Männern ist.

³ Wir können dabei auf die Erfahrungen aus dem Agrarpolitischen Grundkurs im Frühjahr 2015 aufbauen. Das positive Feedback dazu motiviert uns zu einer Neuauflage des Grundkurses.



ZULP

GAP wird als Kürzel verwendet für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Das Kürzel ZULP verwende ich für eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik. Eine gemeinsame Agrar- und Handelspolitik der EU-Staaten, die die industrielle Ausrichtung und das imperiale Ausbeuten hinter sich lässt. Ich will auf eine Landwirtschaftspolitik schauen, die sich zukunftsfähig auf Agrarökologie und ein gutes Leben für alle fokussiert.

VON MONIKA GRUBER

Vor ein paar Tagen kam mein Mann heim von einer Fahrt ins Dorf und breitete neben dem Einkauf eine Nachricht aus. „Hosd scho gheard, da Hannes hod ois vapocht!“ Bis dahin hatte ich nichts gehört vom Verpachten, doch ich wusste gleich, wen er meinte. Hannes kenne ich als den Bruder eines Schulkameraden, der daheim den elterlichen Hof übernommen hat und alleinstehend bewirtschaftet. Zum Hof gehören etwa 18 Hektar Grünland, wie bei vielen Höfen hier in der Gegend im Voralpengebiet. Ein paar Hektar pachtete er dazu. Solange es ging halfen die Eltern mit. Doch seit einem Schlaganfall ist der Vater pflegebedürftig. Die Mutter ist auch schon über achtzig, er selbst an die fünfzig. Wie er das alles bewältigen kann, die Tierhaltung, das Bewirtschaften der Hänge, den Haushalt, die Pflege? Bei einem Telefongespräch vorigen Sommer erzählte er mir ein wenig davon. Das war zu einem Zeitpunkt, wo die neuen Einheitswertbescheide noch nicht alle zugestellt waren. Inzwischen sind diese überall angekommen. Ich bekomme mit, wie sich nach und nach Bäuerinnen und Bauern in den Dörfern hier angesichts der Forderungen der Sozialversicherung dazu entschließen, die Landwirtschaft aufzugeben. Die Flächen werden verpachtet. Größere Betriebe nehmen sie dazu. Auch wir beide sind erschrocken, als wir die SVB-Formulare aus dem Kuvert gezogen haben und sahen, welche Summe nach

dem neuen Einheitswert von uns gefordert wird.

Beim Heukreiseln sitze ich am Traktor und lasse den Blick über die Landschaft schweifen. Ich bemerke die Änderungen in den Bewirtschaftungsformen. Vor zehn Jahren wurden Wiesenflächen in drei, vier oder fünf Teilen gemäht, und so abgestuft über Wochen geheut. Jetzt wird eine große Fläche in den günstigeren Lagen an einem Tag niedergemäht. Das Heuen wird weniger, das Silieren wird mehr. Der Fuhrpark wird aufgerüstet: Das Mähwerk, der Kreiselhauer, der Schwader wird breiter, der Traktor PS-stärker, der Ladewagen fasst mehr Kubikmeter. Gebüsch, Obstbäume, Einzelbäume und Steinhaufen verschwinden aus der Landschaft, indem sie wie Hindernisse ausgeräumt werden. Soll ich den Steinhaufen mit dem Laubbaum und den Blumen und Kräutern mitten in unserer Wiese auch wegräumen (lassen)? Schließlich hält es zeitlich auf, beim Mähen, beim Kreiseln, beim Schwadern und beim Laden, um das Landschaftselement herum zu arbeiten. Ohne den Steinhaufen könnten wir durchfahren die ganze Länge und Breite, was wieder ein Stück mehr Effizienz in der Ökonomiebilanz ergeben würde. Zeit ist Geld, besonders wenn ich an die SVB-Summe für dieses Jahr denke. Wie soll sich das ausgehen, mit dem was wir am Hof erwirtschaften? Die finanzielle Lage betrübt mich. Hannes erging es ähnlich und er entschloss sich zum Ver-



Foto: Anton Riesenhuber

pachten, vermute ich. „Wenn es sich finanziell nicht ausgeht, musst' dir was überlegen als Bauer!“ meinte ein Bauernbundfunktionär, den ich angerufen hatte. „A weng mehr nebenberuflich arbeiten und mehr dazuverdienen.“

Wir haben unser Heu trocken heimbringen können. Heu, mit Blumen und Kräutern zwischen Klee und Gräsern. Darüber freue ich mich. Die Rinder werden es gerne fressen und einen wohlgeformten Kothaufen hinterlassen. – Doch was zählt das in der GAP, die jetzt ausgehandelt wird? Nach welchen Werten wird das neue Programm aufgestellt? Nach welchen Kriterien reihen Agrarpolitiker*innen ökologische, soziale, agrarökologische und ökonomische Werte? Woran orientieren sie sich bei ihrem Entscheiden? Wer profitiert, wer profitiert am meisten, wer wird abgehängt? Wie demokratisch ist die GAP? – ZULP? Wie können wir gemeinsam eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik schaffen? ZULP, ZULP!

Wenn sie mehr zu GAP und ZULP erfahren wollen, empfehle ich Ihnen ein Abo der „Wege für eine bäuerliche Landwirtschaft“, das Sie ganz einfach bestellen können:

office@viacampesina.at
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

Niederösterreich:

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel: 02245-5153
maria.vogt@live.de

Franziska Schrolmberger
Verderberstraße 4, 2070 Retz
franziska.schrolmberger@viacampesina.at

Michaela Reisenbauer
Königsegg 17, 2851 Krumbach
Tel: 0676-9712208 (abends anrufen)
bioreisenbaeuerin@kraeuteregg.at

Oberösterreich:

Hans und Hildegard Kriechbaum
Nindorf 7, 4870 Pfaffing
Tel: 0664-65 877 31
johann.kriechbaum@viacampesina.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
Tel: 0676-7567504
johann.schauer@viacampesina.at

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach/Attersee
Tel: 0664-73566685
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71277 o. 0664-23 49 137
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Kärnten:

Paul Ertl
Obersdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel: 0664-3835613
paul.ertl@gmx.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

Vorarlberg:

Daniela Kohler
Schwarzen 41, 6960 Buch
Tel: 0664-73427001
daniela-kohler@aon.at

Stefan Scharlmüller
mulorupop@gmail.com

Maria Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
maria_schneller@gmx.at

Steiermark:

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

Isabella Bösch-Weiss
Nestelberg 19, 8083 St. Stefan/Rosental
Tel.Nr.: 0699 1029 1774
isabella.boesch-weiss@viacampesina.at

Salzburg:

Franz Rest
Bleiwangbauer, 5632 Dorfgastein
Tel: 06433-20315
bleiwangbauer@sbg.at

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
Tel: 06474-8164
trimmingerhof@aon.at

Tirol:

Christoph Astner
Zillfeldweg 9, 6362 Kelchsau
Tel: 0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

Leonhard Aigner
Panoramastraße 40, 6265 Hart im Zillertal
Tel: 0676 840 66 82 10

Burgenland:

David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Anne Engel
0680-504 71 51
anneke.engel@viacampesina.at

Homepage:
www.viacampesina.at



Werbt Abos ...

... und macht Bauern und Bäuerinnen zu kritischen Denker*innen!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Darüber hinaus ist es für die ÖBV hilfreich, einen möglichst hohen Grad an Eigenmittel zu erreichen, um auch ökonomisch unabhängiger zu sein.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weiter-zureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden.
Beitragshöhe 38 Euro + 1/1000 des Einheitswertes
- Ich möchte unterstützendes Mitglied werden.
Beitragshöhe 38 Euro + freie Spende

Zur Info: Bei einer Mitgliedschaft sind das Abo der Zeitung "Wege für eine bäuerliche Zukunft" und der Email-Newsletter (jedes Monat) sowie Infos zu Veranstaltungen in Ihrer Region inkludiert. Infos zu Arten der Mitgliedschaft siehe: www.viacampesina.at/mitglied

Abonnement

- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ (5 Ausgaben/Jahr) zum Preis von 28 Euro jährlich bzw. 32 Euro ins Ausland

- Ich möchte ein Geschenk-Abo für jemand anderen bestellen und bitte um Zusendung der Informationen dazu

Name:

Adresse:

Bauer/Bäuerin mit Betriebszweigen:

Andere Tätigkeiten/Berufe:

Telefon: Email:

Datum: Unterschrift:

Datenschutzerklärung: Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass Ihre Daten zum Zweck der Zusendung der Zeitung „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ sowie weiteren Vereinsinformationen per Post und Email verwendet werden. Wenn Sie eine Emailadresse angegeben haben, erhalten Sie zudem Einladungen zu Veranstaltungen der ÖBV in Ihrem Bundesland, sowie den ÖBV-Newsletter. Die Daten werden zum Zweck der Aussendungen verarbeitet. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben!

Nähere Infos finden Sie auf unserer Homepage www.viacampesina.at! Dort können Sie auch unseren Newsletter oder die Anmeldung als Mitglied bzw. für ein Abonnement selbst durchführen.

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien Tel.: 01 89 29 400
office@viacampesina.at

ÖBV-Info II/ Veranstaltungen

Agrarpolitischer Grundkurs der ÖBV 2.0, Winter 2019/20

Das System verstehen – aus dem Rahmen denken – gemeinsam aktiv werden!

Wer „macht“ eigentlich Politik? – Was ist meine politische Biografie? – Was hat Handelspolitik mit unserem Essen zu tun? – Wie funktioniert die gemeinsame Agrarpolitik der EU? – Wie können wir Demokratie immer wieder neu lernen? – Wie kann ich meine Anliegen gut nach außen tragen? – Wie plane ich eine Kampagne? – Warum kann eine demokratische Lebensmittelpolitik hilfreich sein? – *Wie können wir gemeinsam für kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität eintreten?*

Für wen?: Der Kurs richtet sich an alle, die Interesse an Agrarpolitik haben und die für kleinbäuerliche Landwirtschaft, in der Bewegung für Ernährungssouveränität oder für „gutes Essen für alle“ politisch aktiv bleiben oder werden wollen.

Inhalt und Aufbau des Kurses: In vier aufeinander aufbauenden Modulen werden fachliche Inhalte und Handwerkszeug zum politischen Handeln erarbeitet. Neben Vorträgen haben Gruppenarbeiten, persönliche Reflexion, Diskussionen, praktische Übungen und eigene Projekte einen hohen Stellenwert. In einer konstanten Gruppe entsteht ein geschützter Raum für gemeinsames Lernen und persönliche Entwicklung.

Referent*innen: In jedem Modul werden mehrere Expert*innen aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen die Inhalte erläutern, aus der Praxis berichten, Übungen anleiten und als Diskussionspartner*innen zur Verfügung stehen: u.a. Mag. Franziskus Forster (ÖBV), DIⁱⁿ Irmi Salzer (Referentin für Agrarpolitik – MEP Thomas Waitz), Franz Rohrmoser (Konfliktforscher, ÖBV-



Mitbegründer), Mag.^a Brigitte Reisenberger (FIAN – Mit Menschenrechten gegen den Hunger) etc.

Termine: 4 x 2-Tages-Blöcke zwischen Nov 2019 und März 2020, jeweils ca. 1. Tag 10:00 bis 2. Tag 17:00

Orte: je ein Modul in OÖ, Stmk, NÖ, Tirol
Start: 26./27. Nov 2019 in OÖ

Programm

Modul 1: Agrarpolitik in Österreich und Demokratie: in OÖ, 26./27. Nov 2019

Modul 2: Wirtschaftspolitik global und lokal: in der Stmk, Jänner 2020

Modul 3: Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU: in NÖ, Februar 2020

Modul 4: Arbeit & Soziales, Umgang mit natürlichen Ressourcen: in Tirol, Anfang März 2020

Sondermodul 5: Praxis des agrarpolitischen Engagements: Wird im Kurs gemeinschaftlich erarbeitet.

Kinderbetreuung: bei Bedarf

Weitere Infos: viacampesina.at/termine/

Fragen, Anmeldung und vorläufige, unverbindliche Interessensbekundung an:

veranstaltung@viacampesina.at

Veranstaltet von der ÖBV in Kooperation mit der KSÖ – Katholische Sozialakademie Österreichs und der arge region kultur (weitere Kooperationen in Planung)

Freundschaftsreise nach Ecuador

7. – 22. Jän 2020

Eine Tour abseits von Klischees und Touristenpfaden, angereichert durch Begegnungen mit engagierten Menschen. Wir werden Fair-Trade-Projekte, ökologischen Tourismus, Landwirtschaftsprojekte, kulturelles und Straßenkinderprojekte besuchen, aber auch eine außergewöhnliche Landschaftsvielfalt kennenlernen. Hier reicht die Spanne vom andinen Hochland über die feuchtheißen Tropen bis zur Pazifikküste.

Infos unter: Monika Mlinar (ehemalige Bildungsreferentin der ÖBV) 0660 6024360, mliinar@aon.at

VeranstalterIn: Jugend Eine Welt mit Amigotours

ÖBV-Exkursion nach Norddeutschland

Leider verschoben auf Juni 2020!

Wir bitten um Entschuldigung für die Verschiebung und freuen uns, wenn Ihr nächstes Jahr mit dabei seid!

Infos und Rückfragen:

veranstaltung@viacampesina.at

ÖBV-Info I siehe Seite 19

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1

A-1090 Wien

+43/1/89 29 400

Pb.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Postzulassungsnummer MZ 02Z031272M

